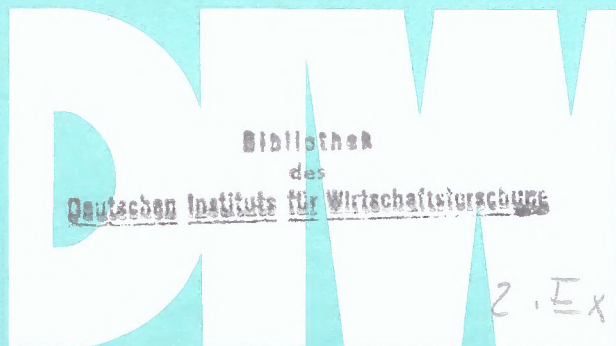




Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1990	
Leichte Abschwächung der weltwirtschaftlichen Expansion	1
Bundesrepublik Deutschland: Erstmals in diesem Jahrzehnt eine Verbesserung am Arbeitsmarkt	10

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 1-2/90

Berlin

5. Januar 1990

57. Jahrgang

Bibliothek

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1990

Leichte Abschwächung der weltwirtschaftlichen Expansion

Rückblick auf das Jahr 1989

Die weltwirtschaftliche Expansion war auch im Jahre 1989 stärker, als zu Beginn des Jahres von vielen, auch vom DIW, erwartet worden war. Zwar schwächte sich in den außereuropäischen Industrieländern das Wachstum des realen Sozialprodukts ab. In Westeuropa verlangsamte es sich jedoch kaum und übertraf damit 1989 die Expansion in den USA, nachdem diese in den vorangegangenen Jahren stets kräftiger gewesen war als in Westeuropa.

Die Wirtschaftsentwicklung war in *Westeuropa* günstiger als erwartet, obwohl in den meisten westeuropäischen Ländern die Finanzpolitik weiterhin auf Konsolidierung gerichtet war und die Geldpolitik im Laufe des Jahres restriktiver wurde. Das ist einmal darauf zurückzuführen, daß die Unternehmen in Westeuropa — anders als in den außereuropäischen Industrieländern — auf die schon länger anhaltende gesamtwirtschaftliche Expansion relativ spät mit einer stärkeren Ausdehnung ihrer Investitionen reagierten. Sie sahen sich hierzu erst veranlaßt, als Kapazitätsengpässe drohten. Das Angebot konnte nur deswegen der Nachfrage folgen, weil Arbeitskraftreserven vorhanden waren und Produktionskapazitäten durch einen flexibleren Einsatz stärker ausgelastet wurden.

Noch mehr hat in fast allen westeuropäischen Ländern allerdings die beschleunigte Zunahme der Exporte die Konjunktur begünstigt. Darin spiegelt sich die Intensivierung des internationalen Warenaustausches, bei der die internationale Arbeitsteilung weiter vorangetrieben wurde und damit die Angebotsflexibilität vergrößert werden

konnte, sowie die Wechselkursbedingte Verbesserung der Wettbewerbsposition Westeuropas gegenüber dem Dollarraum.

Die Intensivierung des Warenaustausches vollzog sich allerdings nicht gleichmäßig. Unterschiedliche Wettbewerbspositionen und Wachstumsunterschiede zwischen den einzelnen Ländern bewirkten, daß vor allem Länder, die traditionell im Investitionsgüterbereich eine hohe Wettbewerbs- und Lieferfähigkeit aufweisen, gegenüber Ländern mit einem hohen Einfuhrbedarf an Investitionsgütern begünstigt waren. Die Importe nahmen in den europäischen Ländern, die schon Defizite hatten, vor allem Großbritannien, Spanien und Italien, stärker und in traditionellen Überschußländern, vor allem der Bundesrepublik Deutschland, schwächer zu als die Exporte.

Der private Verbrauch expandierte in Westeuropa 1989 nur noch verlangsamt. Der Preisauftrieb hat sich im vergangenen Jahr konjunkturell etwas beschleunigt. Einem stärkeren Preisanstieg wirkte entgegen, daß die Lohnstückkosten bei weiterhin hoher Arbeitslosigkeit im Durchschnitt der westeuropäischen Länder nicht verstärkt zunahmen. Die flexiblere Nutzung der meist hoch ausgelasteten Kapazitäten führte dazu, daß größere Preissteigerungen vermieden werden konnten. Die Preissteigerungsraten differieren von Land zu Land zwar immer noch erheblich, jedoch hat sich der Abstand zwischen diesen Raten seit 1985 von 20 auf 12 Prozentpunkte verringert.

In *Frankreich*, wo wie in anderen Ländern die privaten Anlageinvestitionen und die Exporte Motor des kräftigen Wirtschaftswachstums waren, verschlechterte sich die Leistungsbilanz etwas. Die äußerst lebhafteste Investitionstätigkeit

Die Zahlungsbilanzen der einzelnen Wirtschaftsräume
in Mrd. US-\$ zu jeweiligen Wechselkursen

	1984	1985	1986	1987	1988	1989 ¹⁾	1990 ¹⁾	1984	1985	1986	1987	1988	1989 ¹⁾	1990 ¹⁾
	Vereinigte Staaten von Amerika							Sonstige Industrieländer ²⁾						
Leistungsbilanz	-107,1	-115,2	-138,5	-143,1	-126,2	-120,0	-116,0	-2,5	-2,6	-16,1	-14,9	-20,2	-25,0	-30,0
Handelsbilanz	-112,5	-122,2	-144,5	-158,9	-126,8	-109,0	-96,0	20,4	19,2	8,0	10,6	25,8	15,0	11,0
Dienstleistungsbilanz	17,5	22,0	21,4	30,0	15,3	4,0	-5,0	-21,4	-20,4	-22,3	-24,5	-46,5	-40,0	-41,0
Übertragungsbilanz	-12,1	-15,0	-15,4	-14,2	-14,7	-15,0	-15,0	-1,6	-1,4	-1,7	-1,0	0,5	0,0	0,0
Kapitalbilanz ⁵⁾	105,3	126,5	111,5	94,4	87,3	.	.	4,1	12,2	23,8	36,2	28,0	.	.
langfristiger Kapitalverkehr	38,5	73,3	72,7	32,9	92,1	.	.	-0,4	-5,5	21,2	8,7	5,9	.	.
kurzfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	66,8	53,2	38,9	61,5	-4,8	.	.	4,4	17,7	2,5	27,5	22,0	.	.
Devisenbilanz	1,8	-11,3	27,0	48,6	38,8	.	.	-1,5	-9,6	-7,7	-21,3	-7,8	.	.
Währungsreserve ⁷⁾⁸⁾	0,3	-7,3	-5,6	2,4	-3,6	.	.	-1,3	-9,2	-7,5	-20,9	-7,3	.	.
Position beim Weltwährungsfonds ⁹⁾	-0,8	-2,1	-0,9	-1,5	2,2	.	.	-0,3	-0,4	-0,3	-0,5	-0,6	.	.
Deisenverpflichtung gegenüber Währungsbehörden	2,4	-2,0	33,5	47,7	40,2	.	.	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	.	.
	Japan							Entwicklungsländer ³⁾						
Leistungsbilanz	35,1	49,2	85,8	87,0	79,6	62,0	67,0	-28,0	-22,0	-38,0	5,0	-10,0	-11,0	-13,0
Handelsbilanz	44,3	56,0	92,8	96,5	95,0	84,0	90,0	56,0	51,0	15,0	55,0	43,0	47,0	44,0
Dienstleistungsbilanz	-7,8	-5,2	-4,9	-5,8	-11,3	-17,5	-18,0							
Übertragungsbilanz	-1,4	-1,7	-2,1	-3,7	-4,1	-4,5	-5,0	-84,0	-73,0	-53,0	-50,0	-53,0	-58,0	-57,0
Kapitalbilanz ⁵⁾	-33,3	-48,8	-70,2	-48,1	-63,9	.	.	42,7	38,4	50,1	49,6	4,9	.	.
langfristiger Kapitalverkehr	-50,0	-63,3	-132,1	-134,0	-117,0	.	.	.	.	.	.	.	.	.
kurzfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	16,7	14,5	61,9	85,9	53,1	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenbilanz	-1,8	-0,4	-15,6	-38,9	-15,7	.	.	-14,7	-16,4	-12,1	-54,6	5,1	.	.
Währungsreserve ⁷⁾⁸⁾	-1,9	-0,1	-15,4	-38,2	-14,8	.	.	-14,8	-14,9	-11,4	-52,8	-0,6	.	.
Position beim Weltwährungsfonds ⁹⁾	0,1	-0,2	-0,2	-0,7	-0,9	.	.	0,1	-1,5	-0,7	-1,8	5,7	.	.
	Bundesrepublik Deutschland							Restsalden ⁴⁾						
Leistungsbilanz	9,8	17,0	39,9	45,6	48,6	57,0	66,5	90,4	68,5	55,8	29,2	61,0	89,0	81,0
Handelsbilanz	22,3	28,5	55,7	69,9	77,3	78,0	91,0	-7,8	-12,7	-11,6	-32,3	-54,3	-32,0	-48,5
Dienstleistungsbilanz	-2,2	-1,6	-3,3	-8,0	-10,5	-2,0	-1,5							
Übertragungsbilanz	-10,4	-10,0	-12,6	-16,3	-18,2	-19,0	-23,0	98,2	81,3	67,6	61,5	115,2	121,0	129,5
Kapitalbilanz ⁵⁾	-13,3	-13,7	-36,0	-19,1	-72,1	.	.	-90,6	-74,2	-60,5	-35,8	-52,9	.	.
langfristiger Kapitalverkehr	-6,8	-4,6	15,1	-13,3	-48,6	.	.	.	.	.	.	.	.	.
kurzfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	-6,5	-9,1	-51,1	-5,8	-23,5	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenbilanz	3,5	-3,3	-3,9	-26,5	23,5	.	.	0,2	5,7	4,6	6,6	-8,1	.	.
Währungsreserve ⁷⁾⁸⁾	2,5	-4,4	-7,3	-27,7	19,8	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Position beim Weltwährungsfonds ⁹⁾	0,2	-0,2	-0,5	0,0	0,7	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Deisenverpflichtung gegenüber Währungsbehörden	0,8	1,3	3,9	1,2	3,0	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	EG ohne Bundesrepublik Deutschland													
Leistungsbilanz	2,4	5,1	11,0	-8,8	-32,9	-52,0	-55,5							
Handelsbilanz	-22,6	-19,8	-15,4	-40,7	-60,1	-83,0	-91,5							
Dienstleistungsbilanz	24,8	23,5	30,8	36,5	30,9	34,0	39,0							
Übertragungsbilanz	0,3	1,5	-4,5	-4,6	-3,7	-3,0	-3,0							
Kapitalbilanz ⁵⁾	-9,6	1,4	14,9	49,6	39,4	.	.							
langfristiger Kapitalverkehr	-14,1	-17,3	-51,5	24,8	2,8	.	.							
kurzfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	4,4	18,7	66,3	24,8	36,6	.	.							
Devisenbilanz	7,2	-6,5	-25,8	-40,9	-6,5	.	.							
Währungsreserve ⁷⁾⁸⁾	-1,8	-8,7	-19,3	-69,7	-9,3	.	.							
Position beim Weltwährungsfonds ⁹⁾	-0,2	-1,2	-1,9	-1,7	1,0	.	.							
Deisenverpflichtung gegenüber Währungsbehörden	9,1	3,4	-4,6	30,6	1,8	.	.							

¹⁾ Geschätzt. — ²⁾ Norwegen, Schweiz, Schweden, Österreich, Finnland, Island, Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika. — ³⁾ In der Abgrenzung der OECD. — ⁴⁾ Restsalden enthalten nicht erfaßte Länder. Vor allem aber ergeben sie sich aus statistischen Asymmetrien, die auch dadurch zustande kommen, daß in den Entwicklungsländern nicht deklarierte Einnahmen im Außenwirtschaftsverkehr und illegal transferiertes Kapital von deren Zahlungsbilanz nicht erfaßt werden. Die Summe der Kapital- und die der Devisenbilanzen ergibt in der Tabelle nicht 0, vielmehr entspricht sie der Änderung der nicht gesondert ausgewiesenen Deisenverpflichtungen von Hartwährungsländern. — ⁵⁾ Nettokapitalexport (-), -import (+). — ⁶⁾ Einschl. statistischer Diskrepanz. — ⁷⁾ Gold- und Deisenhaltung der Währungsbehörden. — ⁸⁾ Bestandszunahme (-), -abnahme (+). — ⁹⁾ Einschl. Sonderziehungsrechte.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts und der Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern

Länder	Gewichte ¹⁾ 1987 in vH		B S P real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Preise ³⁾		
			Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
	BSP	Ausfuhr der BRD	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990
Bundesrepublik											
Deutschland	9,2		3,6	4,0	3,5	3,7	2,5	3,0	1,5	2,5	3,0
Frankreich	7,2	14,8	3,5	3,5	3,0	3,6	3,5	3,0	3,1	3,5	3,0
Italien	6,2	10,7	3,9	3,5	3,0	4,3	4,0	3,5	6,0	6,0	6,0
Großbritannien	5,6	10,7	4,2	2,0	1,5	7,3	3,5	0,5	6,5	7,0	5,5
Spanien	2,4	3,4	5,0	4,5	3,5	6,6	6,0	4,5	5,0	5,5	5,0
Niederlande	1,7	10,7	2,8	4,0	3,0	2,3	4,5	2,5	1,8	1,0	2,0
Belgien	1,2	9,0	4,0	3,5	2,5	4,0	3,5	2,5	1,2	2,0	2,0
Dänemark	0,8	2,6	−0,4	0,5	1,5	−2,2	−0,5	1,0	4,9	4,0	4,0
Griechenland	0,4	1,1	3,5	3,0	2,5	4,3	4,5	3,5	13,0	14,5	14,5
Portugal	0,3	0,9	4,1	3,5	3,0	8,4	6,0	5,0	7,0	6,5	6,5
Irland	0,2	0,5	0,4	4,5	3,5	−2,9	4,5	3,5	3,0	3,5	3,5
EG	35,1		3,7	3,4	2,9	4,4	3,5	2,7	3,9	4,4	4,2
EG ohne BRD	25,9		3,7	3,2	2,6	4,6	3,8	2,6	4,8	5,0	4,6
EG ohne BRD ⁴⁾		64,4	3,5	3,3	2,6	4,1	3,8	2,6	4,1	4,2	4,0
Schweiz	1,5	7,5	2,4	3,0	2,5	4,4	3,5	3,0	3,1	3,5	3,5
Schweden	1,3	3,7	2,1	2,0	1,0	2,9	2,5	1,0	6,5	8,0	7,0
Österreich	0,9	6,6	4,2	4,0	3,0	5,0	3,5	3,0	1,5	2,5	2,5
Finnland	0,7	1,4	4,8	4,0	2,5	6,5	5,0	3,0	6,2	6,5	6,0
Norwegen	0,7	1,3	2,6	3,0	2,0	−1,4	−5,0	−1,5	4,2	3,5	3,5
Europäische Industrieländer	40,2		3,6	3,4	2,8	4,3	3,3	2,6	4,0	4,4	4,2
Europäische Indu- strieländer ohne BRD	31,0		3,6	3,2	2,6	4,4	3,6	2,5	4,7	5,0	4,6
Europäische Indu- strieländer ohne BRD ⁴⁾		84,8	3,4	3,3	2,6	4,1	3,6	2,5	3,9	4,2	4,0
USA	36,9	11,6	4,4	3,0	1,5	3,3	2,5	1,0	3,3	4,5	4,5
Kanada	3,4	1,1	5,0	2,5	2,0	6,3	4,0	2,5	4,1	5,0	5,0
Japan	19,5	2,5	5,7	5,0	4,5	7,7	5,5	4,5	0,4	2,0	2,0
Außereurop. Industrieländer	59,8		4,9	3,6	2,5	4,9	3,6	2,2	2,4	3,7	3,7
Außereurop. Industrieländer ⁴⁾		15,2	4,7	3,3	2,0	4,2	3,1	1,7	2,9	4,1	4,1
Insgesamt	100,0		4,4	3,5	2,6	4,6	3,5	2,4	3,0	4,0	3,9
Insgesamt ohne BRD	90,8		4,4	3,5	2,5	4,7	3,6	2,3	3,2	4,2	4,0
Insgesamt ohne BRD ⁴⁾		100,0	3,6	3,3	2,5	4,1	3,5	2,4	3,8	4,2	4,0

¹⁾ Auf Dollarbasis. — ²⁾ Verbrauch und Investitionen des Inlands. — ³⁾ Deflationierungsfaktor des BSP. — ⁴⁾ Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

tigkeit half, auftretende Kapazitätsengpässe zügig zu beseitigen. Trotz der guten Konjunktur hat sich der Anstieg der Preise und Lohnstückkosten daher nur geringfügig erhöht. Mit der jüngsten Anhebung der Leitzinsen hat die Regierung signalisiert, daß sie auch weiterhin gewillt ist, den Preisanstieg einzugrenzen und möglichen Spekula-

tionen auf eine Abwertung des Bodens zu entziehen. Die Beschäftigung hat deutlich zugenommen; die Arbeitslosenquote konnte jedoch nur wenig gesenkt werden.

In Italien hielt die rasche Expansion der Nachfrage der privaten Haushalte an. Die Importe nahmen dabei noch

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Waren und Dienstleistungen			Importe von Waren und Dienstleistungen		
	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990
Bundesrepublik Deutschland	2,7	1,5	3,5	2,2	-0,5	1,5	5,9	6,5	5,0	5,8	11,0	6,5	6,3	6,5	6,5
Frankreich	2,8	2,5	2,5	2,2	2,5	2,5	7,5	6,0	5,0	7,4	8,5	6,0	7,6	8,5	6,0
Italien	3,8	3,5	3,5	3,0	2,5	2,0	4,9	4,5	5,0	5,9	7,0	5,0	7,2	8,5	6,5
Großbritannien	6,9	3,0	1,0	0,4	0,5	1,0	13,1	5,0	1,0	0,7	5,0	7,0	12,2	9,5	3,0
Spanien	4,5	4,0	3,5	5,5	4,0	4,0	13,0	12,0	9,0	7,0	6,0	6,0	14,0	12,0	9,0
Niederlande	1,2	3,5	3,0	-0,1	1,0	0,5	9,7	7,0	4,0	7,7	6,0	6,0	7,1	7,0	5,0
Belgien	2,5	2,5	2,5	-0,1	0,5	0,5	14,9	8,0	5,0	9,0	6,5	6,0	9,1	6,5	6,0
Dänemark	-1,1	0,0	1,0	-0,4	0,0	0,5	-6,5	-2,0	2,0	5,3	4,5	4,5	0,6	2,5	3,0
Griechenland	3,0	3,0	2,0	6,0	4,0	3,0	10,0	9,5	7,0	5,5	5,5	5,5	7,5	9,0	7,0
Portugal	6,0	4,0	3,5	3,5	2,0	2,0	15,0	11,5	9,5	7,5	6,5	6,0	16,0	11,0	9,0
Irland	1,5	3,5	3,0	-4,5	-2,0	-1,0	-3,0	8,0	7,0	11,0	9,0	7,0	7,0	9,5	7,5
EG ¹⁾	3,6	2,7	2,7	1,9	1,2	1,7	7,8	6,2	4,7	5,9	7,9	6,2	8,3	7,9	5,7
EG ohne BRD ¹⁾	3,9	3,0	2,5	1,8	1,8	1,8	8,5	6,1	4,6	5,9	6,6	6,0	9,0	8,4	5,5
Schweiz	2,3	2,5	2,5	3,2	4,0	4,0	5,8	6,0	5,0	5,4	5,5	5,0	7,9	6,0	5,5
Schweden	2,2	1,0	0,5	1,4	1,5	1,5	5,3	4,5	0,0	3,0	4,0	3,5	5,5	5,5	4,0
Österreich	3,4	3,5	3,5	0,5	0,5	0,5	4,9	7,0	4,0	8,3	10,0	6,0	10,0	9,0	6,0
Finnland	5,0	4,0	3,0	3,3	3,0	2,5	10,5	7,0	1,0	4,2	3,0	3,0	10,1	6,5	4,0
Norwegen	-1,6	-1,0	0,0	1,1	3,0	3,5	3,3	-6,0	-1,0	6,0	12,0	7,0	-2,2	-3,0	2,0
Europäische Industrieländer ¹⁾	3,5	2,6	2,7	1,9	1,3	1,8	7,5	5,9	4,3	5,8	7,7	6,0	8,0	7,5	5,6
Europäische Industrieländer ohne BRD ¹⁾	3,7	2,9	2,4	1,8	1,9	1,9	8,0	5,7	4,1	5,8	6,6	5,8	8,5	7,8	5,3
USA	3,4	2,5	1,5	0,1	2,5	1,5	5,5	3,0	2,0	17,6	10,0	8,0	6,8	6,0	5,0
Kanada	4,3	3,0	2,0	3,1	2,0	1,0	13,2	7,0	4,0	9,5	3,5	4,5	13,9	8,0	5,5
Japan	5,0	3,5	4,0	2,2	2,0	2,5	13,4	9,5	6,0	8,1	15,5	8,0	21,3	19,0	9,0
Außereurop. Industrieländer ¹⁾	3,9	2,8	2,3	0,7	2,4	1,7	9,5	6,2	3,9	13,1	11,1	7,5	11,2	9,4	6,0
Insgesamt ¹⁾	3,7	2,7	2,4	1,3	1,9	1,7	8,7	6,0	4,1	8,6	9,0	6,6	9,3	8,3	5,8
Insgesamt ohne BRD ¹⁾	3,8	2,8	2,3	1,1	2,2	1,7	9,0	6,0	4,0	9,1	8,6	6,6	9,7	8,5	5,6

¹⁾ Gewichte 1987 auf Dollarbasis.
Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

stärker zu als die Exporte, und die Leistungsbilanz verschlechterte sich. Obwohl die Auslastung der inländischen Kapazitäten hoch war, kam es daher — trotz verschiedener Erhöhungen öffentlicher Tarife und Steuern — zu einer geringeren Erhöhung der Preise als vielfach befürchtet. Hierzu trug bei, daß die Hausse auf den Rohstoff- und Erdölmärkten zu Ende ging — bei der hohen Abhängigkeit des Landes von der Rohstoffeinfuhr ein wichtiger preisstabilisierender Faktor.

Neben Dänemark schnitt *Großbritannien* in Westeuropa am schlechtesten ab. Da in den vorangegangenen Jahren bei starker binnenwirtschaftlicher Expansion ein hohes Leistungsbilanzdefizit entstanden war und sich der Preis-

anstieg beschleunigte, sahen sich Regierung und Notenbank gezwungen, restriktiv vorzugehen. Das Wirtschaftswachstum hat sich daraufhin im letzten Jahr deutlich abgeflacht. Trotz erheblicher Verlangsamung des Anstiegs der Inlandsnachfrage nach Investitions- und Konsumgütern nahm diese immer noch stärker als das Sozialprodukt zu. Das Leistungsbilanzdefizit hat sich noch einmal erhöht. Mit dem Anstieg der Preise, der Löhne und der Lohnstückkosten lag Großbritannien an der Spitze der größeren Industrieländer.

In *Spanien*, aber auch in den meisten kleineren europäischen Volkswirtschaften hat sich das Wirtschaftswachstum etwas abgeschwächt. In den Niederlanden,

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾					
	Unternehmertätig- keit und Vermögen			unselbständiger Arbeit											
	in Landeswährung												in SZR		
	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	
Bundesrepublik Deutschland	8,7	9,0	10,5	3,9	4,5	5,0	4,9	4,5	7,0	0,2	0,5	1,5	-1,4	-1,6	
Frankreich	9,6	12,0	9,5	4,8	5,0	4,5	5,8	8,5	6,5	1,3	1,5	1,5	-1,7	-0,6	
Italien	9,5	12,5	10,5	10,5	7,5	8,0	5,1	8,5	7,5	6,3	4,0	5,0	1,8	3,5	
Großbritannien	10,0	6,5	2,0	10,5	10,5	9,0	5,8	4,5	0,5	6,4	8,5	7,5	11,2	4,6	
Spanien	13,4	14,5	10,5	8,0	7,0	7,0	8,0	9,5	7,0	2,9	2,5	3,5	4,9	5,8	
Niederlande	8,7	11,0	9,5	2,8	2,0	2,5	5,8	6,5	6,5	0,0	-2,0	-0,5	-1,4	-4,3	
Belgien	9,7	8,5	5,5	3,2	4,0	4,0	5,5	5,0	3,0	-0,8	0,5	1,5	-3,1	-1,7	
Dänemark	8,4	6,0	10,0	4,1	4,0	4,0	8,8	5,0	8,5	4,5	3,5	2,5	2,1	0,0	
Griechenland	20,6	19,0	17,5	13,5	17,0	17,0	16,5	15,5	15,0	9,7	13,5	14,0	0,8	2,9	
Portugal	12,9	12,0	11,0	10,0	8,5	8,5	8,5	8,5	8,0	5,7	5,0	5,5	-0,5	0,7	
Irland	2,0	14,0	10,5	4,0	5,5	5,5	1,6	9,0	6,5	3,6	1,0	2,0	2,2	-1,6	
EG ³⁾	9,8	10,8	9,2	6,5	6,2	6,1	5,6	6,2	5,8	2,2	2,2	2,8	0,9	0,1	
EG ohne BRD ³⁾	10,2	11,4	8,8	7,5	6,8	6,5	5,9	7,0	5,3	3,1	3,0	3,4	2,0	0,9	
Schweiz	4,4	11,0	9,5	6,1	4,5	4,5	1,9	8,0	6,5	3,6	1,5	2,0	1,6	-4,7	
Schweden	11,2	16,0	8,5	8,0	8,5	8,0	9,0	13,5	7,0	5,8	6,5	7,0	5,3	6,2	
Österreich	13,1	12,0	8,0	3,4	4,5	4,5	8,5	7,5	5,0	-0,8	0,5	1,5	-2,3	-1,6	
Finnland	16,8	15,5	10,5	9,5	9,0	8,0	11,5	11,0	7,5	4,5	5,0	5,5	5,6	7,3	
Norwegen	10,1	4,5	9,0	5,7	5,0	4,5	7,4	1,5	6,5	3,1	2,0	2,5	2,5	1,1	
Europäische Industrieländer ³⁾	9,8	11,0	9,2	6,5	6,2	6,1	5,8	6,6	5,9	2,4	2,4	2,9	1,2	0,3	
Europäische Indu- striel. ohne BRD ³⁾	10,1	11,5	8,9	7,3	6,7	6,4	6,1	7,4	5,5	3,2	3,0	3,4	2,1	0,9	
USA	9,2	4,5	2,0	8,1	8,5	7,5	4,6	1,5	0,5	3,5	5,5	6,0	-0,4	10,8	
Kanada	11,7	7,5	6,0	9,0	7,0	7,5	6,4	5,0	4,0	3,8	4,5	5,5	7,6	14,1	
Japan	14,1	7,0	8,0	5,0	5,5	5,5	8,0	2,0	3,5	-0,7	0,5	1,0	7,8	-1,9	
Außereurop. Industrieländer ³⁾	11,0	5,5	4,3	7,2	7,5	6,9	6,3	2,3	2,3	1,9	3,3	3,9	4,2	6,3	
Insgesamt ³⁾	10,5	7,9	6,4	6,9	7,0	6,6	6,0	5,1	4,7	2,2	2,7	3,3	2,2	2,3	
Insgesamt ohne BRD ³⁾	10,7	7,8	6,0	7,2	7,3	6,7	6,2	5,3	4,2	2,7	3,2	3,6	3,0	3,1	

¹⁾ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttosozialprodukts. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts. — ³⁾ Gewichtet mit 1987 Anteilen. Für ¹⁾ und ²⁾: Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung des SZR zugrunde liegen.

Quellen: OECD, Economic Outlook. SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

Dänemark und Irland, die zuvor ein nur schwaches Wirtschaftswachstum oder gar einen Rückgang des Sozialprodukts aufwiesen, kam es dagegen zu einer konjunkturellen Erholung. In den meisten Ländern — Ausnahmen waren vor allem Norwegen und Dänemark — stimulierten die Bruttoanlageinvestitionen die wirtschaftliche Entwicklung. Der Preisanstieg war zumeist nur wenig stärker, in einigen Ländern sogar etwas schwächer als im Vorjahr.

Anders als in Westeuropa insgesamt hat sich in den USA das wirtschaftliche Wachstum 1989 deutlich verlangsamt. Die Ursachen hierfür liegen nicht nur auf der Nachfrageseite. Im Zuge einer kräftigen Expansion kam es in den USA zu Angebotsengpässen. Um zu verhindern, daß sich daraus eine Beschleunigung des Preisauftriebs ergab, schlug die Geldpolitik einen restriktiveren Kurs ein, der zunächst zu Zinssteigerungen und damit auch zu

einer vorübergehenden Erhöhung des Dollarkurses führte. Nicht nur die Expansion der Inlandsnachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern, sondern auch die Auslandsnachfrage wurde dadurch gedämpft. Im Laufe des Jahres gelang es, auch den Preisauftrieb etwas abzuschwächen. Bei langsamerer Exportzunahme machte die Verminderung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits geringere Fortschritte als im Vorjahr.

Wie in Westeuropa haben 1989 auch in Japan die privaten Anlageinvestitionen und die Exporte die gesamtwirtschaftliche Expansion kräftig vorangetrieben. Zur hohen Investitionsneigung trugen die anhaltend hohe Auslastung der Kapazitäten, ein nur wenig ergiebiger Arbeitsmarkt sowie — trotz eines Zinsanstiegs — recht günstige Finanzierungsbedingungen bei. Die Inlandsnachfrage und die Ausfuhr haben im zweiten Halbjahr 1989 deutlich an Fahrt gewonnen und damit den Einbruch vom Frühsommer mehr als wettgemacht. Einen entscheidenden Einfluß auf diese Entwicklung hatte der private Verbrauch. Die politisch sehr umstrittene Einführung der Verbrauchsteuer im April 1989 führte zu einem merklichen Anstieg der Verbraucherpreise. Dies hat im Frühjahr zu Vorzieheffekten geführt. Erst im weiteren Verlauf des Jahres stabilisierte sich die Verbrauchsentwicklung wieder. Kräftig wurden die Importe ausgedehnt. Allerdings war die Zunahme der Exporte zuletzt wieder stärker als die der Einfuhren, begünstigt auch durch die Yen-Schwäche. Die Wechselkursentwicklung und die im Jahresdurchschnitt immer noch raschere Importsteigerung führten dazu, daß der Leistungsbilanzüberschuß auf Dollar-Basis merklich zurückging.

Die hohe Anspannung der Produktionskapazitäten gab zusammen mit der Yen-Schwäche für die Geldpolitik den Anlaß, einen restriktiveren Kurs einzuschlagen, obwohl bei einem Preisanstieg von insgesamt knapp 3 vH die über den steuerbedingten Effekt hinausgehenden Preissteigerungen nur mäßig waren. Auch die Finanzpolitik vermied es, zusätzliche Impulse zu geben.

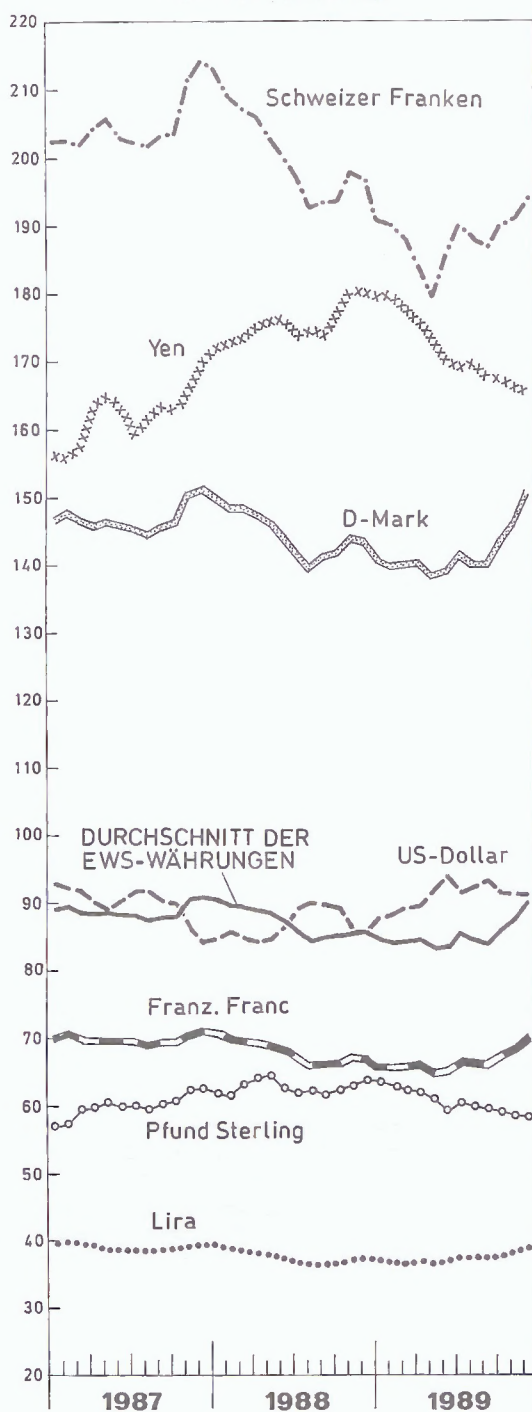
Der Welthandel hat auch 1989 zügig expandiert. Die gute konjunkturelle Entwicklung in Westeuropa und Japan ließ die Importnachfrage kräftig steigen. Auch die Einfuhren der Erdöllexportländer haben im letzten Jahr — nach annähernder Stagnation im Vorjahr — wieder deutlich zugenommen. Die Einfuhr der USA stieg dagegen unterdurchschnittlich; hier macht sich wohl auch die konjunkturelle Abkühlung bemerkbar. Noch schwächer nahmen die Importe der nicht-erdöllexportierenden Entwicklungsländer zu, wobei auch zahlungsbilanzpolitische Restriktionen eine Rolle spielten.

Wirtschaftspolitische Zielkonflikte bei weiterhin hohen Leistungsbilanzsalden

Die nach wie vor hohen Leistungsbilanzsalden bildeten weiterhin einen Störfaktor, der die Geldpolitik in einen

BEWEGUNG DER KURSE AUSGEWÄHLTER WÄHRUNGEN GEGENÜBER SZR¹⁾

Februar 1973 = 100



1) Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds.

DIW 90

Zielkonflikt gebracht hat. Wechselkurssteuerung und Beeinflussung des Konjunkturgefälles zwischen Über-

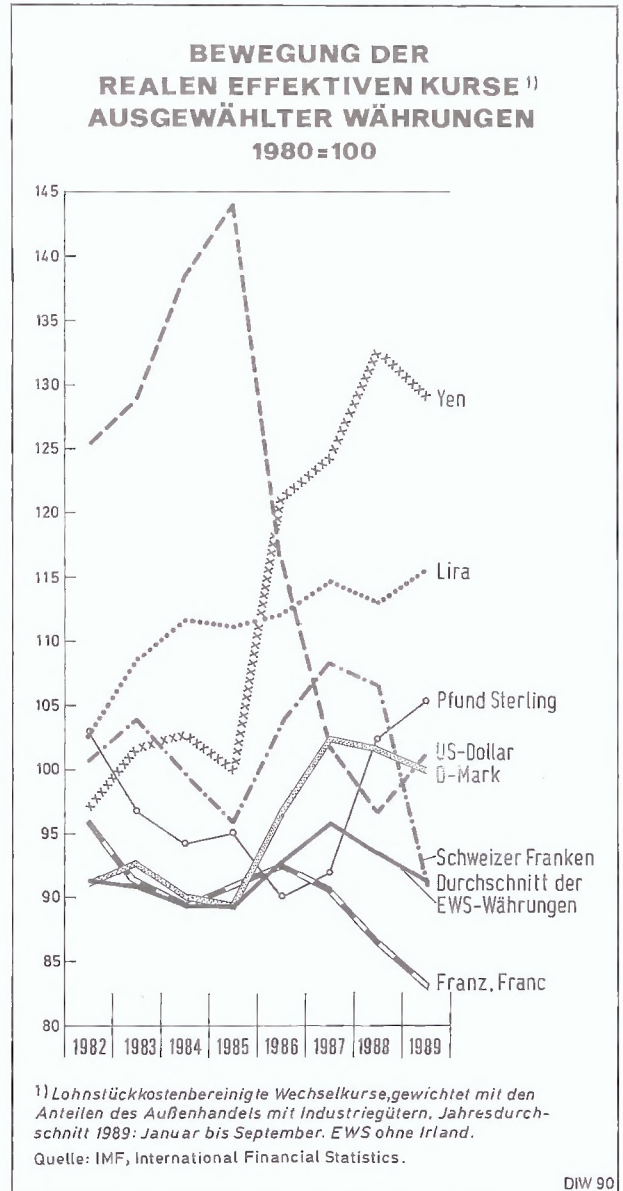
schuß- und Defizitländern, die den Abbau der Leistungsbilanzsalden voranbrächten, verlangen jeweils einen anderen geldpolitischen Kurs. In den Überschußländern Bundesrepublik Deutschland und Japan würde eine Aufwertung der Währungen höhere Zinsen erfordern, die aber eine Konjunkturabschwächung nach sich zögen; im Defizitland USA verlangte die Abwertung des Dollars auch gegenüber dem Yen niedrigere Zinsen, bei denen dann aber die Expansion der Inlandsnachfrage nicht genügend gedämpft würde, um Platz für einen stärkeren Defizitabbau zu schaffen. Nähme die Geldpolitik keine Rücksichten auf den Wechselkurs, so könnte sie zwar bei der Konjunktursteuerung das Konjunkturgefälle stärker im Auge haben, die Wechselkursentwicklung stünde dann aber einem stärkeren Abbau der hohen Leistungsbilanzsalden entgegen.

Ein Ausweg aus diesem Dilemma wäre eine Arbeitsteilung zwischen Geld- und Finanzpolitik in dem Sinne, daß sich die Geldpolitik allein auf die Wechselkurse richtet und die Finanzpolitik auf die Konjunktur. In den USA ist erklärtes Ziel der Finanzpolitik ein weiterer Abbau des Staatsdefizits, was einen restriktiven finanzpolitischen Kurs erforderte; in Japan erlaubte der jetzt erzielte Staatsüberschuß einen expansiveren finanzpolitischen Kurs. Allerdings würde die Geldpolitik bei dieser Arbeitsteilung die Finanzpolitik in gewisser Weise konterkarieren. Diese Gefahr wäre umso geringer, je weniger Zinssenkungen es bedürfte, um eine Dollarabwertung herbeizuführen. Da es zu einer solchen Arbeitsteilung ohne Zeitverlust nicht kommen wird, ist eine stärkere Dollarabwertung und Yen-aufwertung auf absehbare Zeit eher unwahrscheinlich. Damit dürften aber auch im nächsten Jahr hohe, ja sogar zunehmende Leistungsbilanzsalden in vielen Ländern einander gegenüberstehen.

Prognose für das Jahr 1990

Die Entwicklung der Weltwirtschaft im Jahre 1990 wird entscheidend davon abhängen, wie die Wirtschaftspolitik auf die anhaltenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte reagiert. In Westeuropa ist die Geldpolitik immer mehr wechselkursorientiert. Die Überschußländer wollen auf eine Aufwertung hinwirken; die Defizitländer versuchen dagegen mit hohen Zinsen eine Abwertung und damit einen Inflationsimport zu verhindern. Nach Enttäuschungen in früheren Jahren, in denen sich die Wettbewerbsfähigkeit durch Abwertung nur vorübergehend erhöhte, die Bekämpfung der — auch importierten — Inflation dagegen erschwert wurde, sollen Wechselkursänderungen nach Möglichkeit vermieden werden. Eine konjunkturelle Dämpfung wird dabei in Kauf genommen.

Damit sind aber die Weichen für eine gewisse Konjunkturabschwächung im nächsten Jahr in Westeuropa gestellt, zumal auch die Finanzpolitik in einigen Ländern, etwa in Italien, Spanien, Griechenland, durch verstärkte



Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung gekennzeichnet ist. Die Gefahr, daß sich weitere Produktionsengpässe herausbilden, sich der Preisanstieg merklicher als bisher beschleunigt und sich der Lohnanstieg verstärkt, ist damit gemindert. Nachfrage- und Potentialwachstum werden im nächsten Jahr etwa übereinstimmen. Eine weitere Erhöhung des Kapazitätswachstums wird aber kaum noch erreicht werden, und der Abbau der Arbeitslosigkeit wird sich langsamer vollziehen.

Von allen westeuropäischen Volkswirtschaften weist neben der Bundesrepublik Deutschland Frankreich die günstigsten Rahmenbedingungen für die weitere konjunkturelle Entwicklung auf. Die Investitionen expandieren in fast unverändertem Tempo. Bei den Exporten zeichnet sich nur eine leichte Abschwächung ab. Da dies in etwa gleichem Maße auch für die Importe gilt, wird sich

das Leistungsbilanzdefizit kaum erhöhen. Preise und Lohnstückkosten werden sich wie in den letzten Jahren ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland entwickeln, auch dies ist aus französischer Sicht ein Argument dafür, ein Realignment im EWS abzulehnen.

Etwas weniger günstig ist die konjunkturelle Lage in *Italien*. Bei ähnlichem Wachstum wie in der Bundesrepublik Deutschland wird der Preisanstieg fast doppelt so hoch bleiben. Die Notenbank wird daher weiterhin versuchen, die Expansion der Inlandsnachfrage zu dämpfen und damit gleichzeitig zur Bekämpfung des Preisauftriebs beizutragen.

Die dennoch relativ kräftige Ausweitung des privaten Verbrauchs läßt, bei hoher Auslastung der Kapazitäten auch in der Konsumgüterindustrie, die Importe weiter rasch zunehmen. Die Exporte werden dagegen bei schwächerem Anstieg der Auslandsnachfrage und überdurchschnittlichem Anstieg der Lohnstückkosten weniger als im Vorjahr expandieren. Das Leistungsbilanzdefizit wird daher weiter zunehmen. Die Inlandsnachfrage ist aber immer noch so dynamisch, daß sich 1990 noch keine wesentliche Abschwächung des Wirtschaftswachstums ergibt. Das Wachstum wird dennoch einen Anstieg der Arbeitslosenquote nicht verhindern.

Relativ stark wird sich die Konjunktur in *Spanien* abschwächen. Denn wegen der hohen außenwirtschaftlichen Defizite wird die Notenbank weiter an ihrem restriktiven Kurs festhalten. Auch wenn das Wachstum beachtlich bleiben wird, dürfte die Arbeitslosigkeit infolge der demographischen Entwicklung wieder zunehmen.

In *Großbritannien* wird es 1990 wahrscheinlich nicht zu einer Rezession kommen, weil bei sich abwertendem Pfund die Exporte stärker und die Importe weniger steigen werden als in den Vorjahren. Damit entsteht eine Gegenkraft zu der sich abschwächenden Inlandsnachfrage, die dadurch vor einer Abwärtsbewegung bewahrt wird. Gleichwohl wird Großbritannien auch 1990 schwächer expandieren als die anderen großen westeuropäischen Volkswirtschaften.

Auch in den *kleineren westeuropäischen Ländern* wird sich die wirtschaftliche Entwicklung 1990 abschwächen, weil sich diese Länder dem Sog der größeren Volkswirtschaften nicht entziehen können. Eine Ausnahme bildet Dänemark, das seine Rezession nun allmählich überwunden hat. Die meisten Länder sehen sich zum Gleichschritt mit den größeren Ländern vor allem in der Geldpolitik veranlaßt, um eine Abwertung ihrer Währungen zu vermeiden. Insbesondere die Zunahme der Investitionen, aber auch die des Verbrauchs wird sich deshalb abschwächen.

Anders als in Westeuropa ist in den *USA* die Geldpolitik in letzter Zeit gelockert worden, um ein Abgleiten in die Rezession zu verhindern. Der Federal Reserve Board wird aber die Geldpolitik nur vorsichtig expansiv ausrichten, um eine erneute Inflationsbeschleunigung zu ver-

meiden, die auch von einer Dollarabwertung als Folge stärkerer Zinssenkungen drohte. Bei einem solchen Kurs wird sich die gesamtwirtschaftliche Expansion, die sich schon im zweiten Halbjahr 1989 erheblich verlangsamt hat, kaum wieder stärker beschleunigen. Dabei wird unterstellt, daß das öffentliche Finanzierungsdefizit nur allmählich vermindert wird.

Baldige Fortschritte in der Rüstungsbegrenzung könnten jedoch eine raschere Verringerung der Rüstungsausgaben möglich machen, als sie bisher vorgesehen ist. Um den davon ausgehenden restriktiven Einflüssen entgegenzutreten, bedürfte es wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die bewirken, daß es zu vermehrten Exporten und einer Umschichtung der heimischen Nachfrage von den Importen zu Inlandsgütern kommt.

Beim gegenwärtig verfolgten wirtschaftspolitischen Kurs ist für 1990 kein rascherer, sondern eher ein langsamerer Rückgang des Leistungsbilanzdefizits zu erwarten. Etwas schwächer wird bei nicht stark verändertem Dollarkurs der Export zunehmen. Aber auch alle anderen Sozialproduktkomponenten werden langsamer als im Durchschnitt des Vorjahres expandieren. Bei dieser wirtschaftlichen Entwicklung dürfte es zu keiner erneuten Verstärkung des Preisanstiegs kommen. Eher ist eine — wenn auch nicht sehr ausgeprägte — Abschwächung im Laufe des Jahres zu erwarten.

In *Japan* ist das konjunkturelle Klima weiterhin günstig. Angesichts der Engpässe am Arbeitsmarkt, der günstigen Gewinnsituation der Unternehmen und damit hoher Bonuszahlungen werden auch die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zügig steigen. Bei nach wie vor mäßigem Preisanstieg von knapp 2 vH dürfte der private Verbrauch etwas stärker zunehmen als im letzten Jahr. Die Ausfuhren allerdings werden im Zuge der Abschwächung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos und bei Annahme eines real etwa gleichbleibenden Yen-Kurses nicht mehr so kräftig wachsen. Da sich auch die Finanzierungsbedingungen infolge einer weiterhin restriktiven Geldpolitik verschlechtert haben, dürfte der nun schon länger anhaltende Investitionsboom langsam ausklingen.

Die öffentliche Nachfrage wird wiederum nur moderat zunehmen, auch wenn nicht anzunehmen ist, daß die öffentlichen Investitionen erneut zurückgefahren werden. Der finanzpolitische Kurs ist freilich noch nicht deutlich umrissen. Modifikation oder Abschaffung der heftig kritisierten Verbrauchsteuer sind im Gespräch. Insgesamt dürfte sich der Anstieg der Inlandsnachfrage etwas abschwächen. Dies wird — zusammen mit der Verlangsamung der Ausfuhr — auch zu einem geringeren Anstieg der Importe führen. Der Leistungsbilanzüberschuß dürfte in diesem Jahr — nach dem deutlichen Abbau im Jahre 1989 — wieder etwas höher ausfallen.

Die konjunkturellen Impulse für den *Welthandel* werden 1990 schwächer sein als im Vorjahr. Die Importnachfrage einer Reihe westeuropäischer Länder, aber auch Japans

und — in geringerem Maße — der USA wird langsamer steigen als bisher. Dagegen werden die Ölexportländer, verschiedene Staatshandelsländer sowie einige Schwellenländer ihre Importe wohl in zumindest gleichbleibendem Tempo erhöhen. Bei den Ölexportländern spielt

hier vor allem die verbesserte Leistungsbilanz, bei den Staatshandelsländern ein hoher Importbedarf auch aufgrund wirtschaftlicher Reformen eine Rolle. Insgesamt dürfte das Welthandelsvolumen in diesem Jahr um 5 bis 6 vH steigen, nach etwa 8 vH im Jahre 1989.

Bundesrepublik Deutschland: Erstmals in diesem Jahrzehnt eine Verbesserung am Arbeitsmarkt

Die günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland brachte 1989 erstmals in den achtziger Jahren einen nennenswerten Abbau der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Beschäftigten stieg stärker als jemals zuvor in den vergangenen zehn Jahren. Freilich kamen die entscheidenden Impulse für das kräftige Wachstum wieder einmal von der Auslandsnachfrage, so daß die außenwirtschaftlichen Überschüsse neue Rekordmarken erreichten.

Im Herbst kam es dann trotz großer konjunktureller Dynamik zu einem erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit. Der den politischen Veränderungen in der DDR vorausgegangene Schub an Übersiedlern war selbst bei hoher Arbeitskräftenachfrage nicht vollständig zu absorbieren.

Bemerkenswert war die Robustheit des Aufschwungs. Die Kurseinbrüche an den Aktienmärkten im Oktober haben, anders als zwei Jahre zuvor, keine gravierende Unruhe bei Unternehmen und privaten Haushalten ausgelöst. Auch der im ganzen restriktive Kurs der Wirtschaftspolitik hat den Aufschwung bisher kaum gebremst.

Insgesamt hat das Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt des vergangenen Jahres wie auch im konjunkturellen Verlauf um rund 3 ½ vH zugenommen. Die Industrieproduktion stieg, wie in einer solchen Konjunkturphase üblich, überdurchschnittlich (4,5 vH). Noch stärker als das Bruttoinlandsprodukt nahm das Bruttosozialprodukt zu (4 vH). Die Differenz zwischen beiden Zuwachs-

raten ergab sich aus einem kräftigen Anstieg der Kapitalerträge aus Anlagen im Ausland; hier machten sich die hohen Zinsen wie auch die starke Zunahme der im Ausland gehaltenen Geldvermögen, die letztlich aus den hohen Überschüssen der Leistungsbilanz in den letzten Jahren resultierten, bemerkbar.

Bestätigt haben sich die Erwartungen des DIW, daß die Inlandsnachfrage insgesamt relativ schwach steigen werde. Tatsächlich nahm sie im Jahresdurchschnitt 1989 mit 2,5 vH um zwei Prozentpunkte weniger zu als die Gesamtnachfrage. Entscheidend dafür war die geringe Expansion des privaten Verbrauchs. Hier ergab sich lediglich ein Zuwachs von 1,5 vH. Dies war vor allem Resultat steuerpolitischer Einflüsse. Waren 1988 die privaten Einkommen durch Entlastungen bei den direkten Steuern gestärkt worden, fiel dieser Effekt 1989 weg. Hinzu kam, daß zu Beginn des letzten Jahres einige Verbrauchsteuern erhöht wurden; diese Maßnahme führte zu einer zusätzlichen Steigerung der Verbraucherpreise und schmälerte die Kaufkraft der nominalen verfügbaren Einkommen.

Die Entwicklungsschwäche des privaten Verbrauchs und der Rückgang des Staatsverbrauchs wurden — als Folge der Reform im Gesundheitswesen — zum Teil durch eine die Erwartungen übertreffende Expansion der Investitionen ausgeglichen. Vor allem die realen Bauinvestitionen nahmen, auch aufgrund des Witterungseinflusses zu Jahresbeginn, mit 5,5 vH erheblich stärker zu,

Entwicklung der Güterverwendung Inland-Ausland
zu Preisen von 1980

	1988	1989	1990	1989		1990	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
	Veränderung in Mrd. DM gegenüber Vorjahr						
Güterverwendung im Inland	59,3	39,5	53,5	22,3	17,0	24,0	30,0
Außenbeitrag	0,6	30,0	5,0	15,9	14,0	—0,5	6,0
Ausfuhr	31,9	63,5	42,0	35,7	27,5	15,5	26,0
abzüglich Einfuhr	31,3	33,5	36,5	19,8	14,0	16,5	20,5
Bruttosozialprodukt	59,9	69,0	59,0	38,2	31,0	23,0	36,0
	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr						
Güterverwendung im Inland	3,7	2,5	3,0	2,8	2,0	3,0	3,5
Ausfuhr	5,8	11,0	6,5	12,5	9,5	5,0	8,0
abzüglich Einfuhr	6,3	6,5	6,5	7,6	5,0	6,0	7,0
Bruttosozialprodukt	3,6	4,0	3,5	4,6	3,5	2,5	4,0

Quellen: 1988 und erstes Halbjahr 1989 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1989 Schätzungen des DIW; 1990 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsdaten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

Entwicklung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

	1988	1989	1990
Nettoproduktion¹⁾			
Bergbau	-4,3	-2,0	-1,0
Verarbeitendes Gewerbe	4,3	4,5	4,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	6,7	2,0	2,5
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,7	7,0	5,5
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	3,2	4,0	4,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,2	2,0	2,0
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	4,0	4,5	4,0
Weitere Kennzahlen			
Beschäftigte Personen	-0,1	1,5	1,0
Arbeitszeit	0,1	-1,0	-0,5
Arbeitsvolumen	0,0	0,5	0,5
Produktivität	4,2	4,0	3,5
Lohnsumme	3,8	5,5	5,5
Effektiver Lohnsatz	3,7	4,5	5,0
Lohnstückkosten	-0,5	0,5	1,5

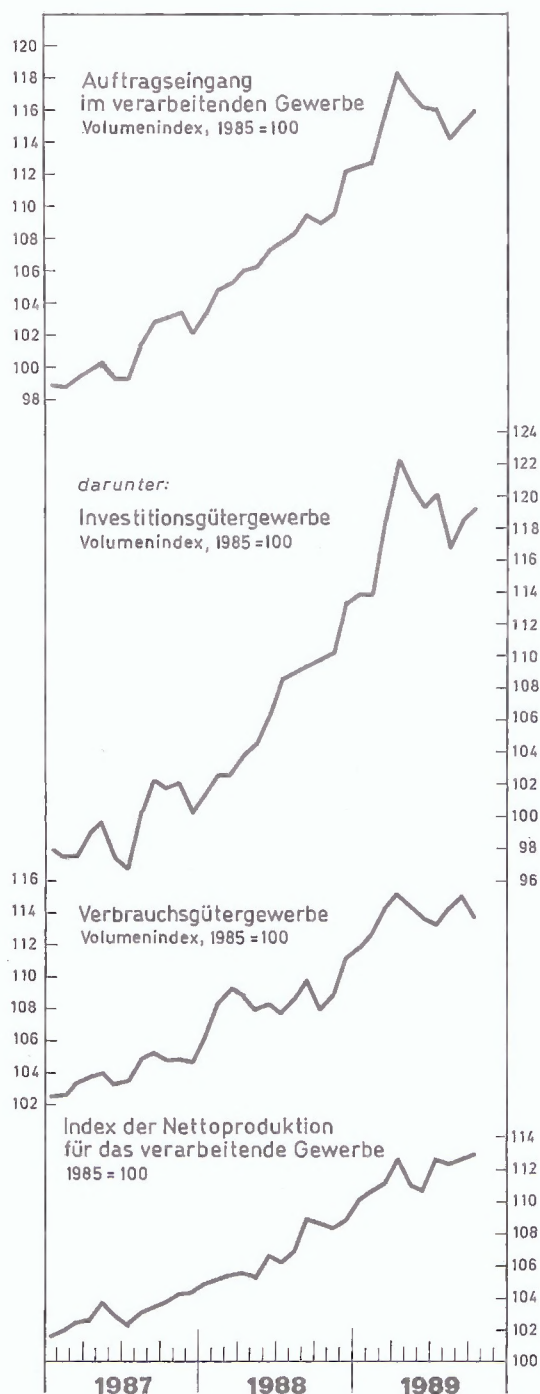
¹⁾ Kalendermonatlich, 1985 = 100.
Quellen: 1988 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und des DIW. 1989 und 1990 Prognose des DIW. Prognostizierte Veränderungsdaten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

als erwartet worden war. Die hohe Auslastung der Produktionskapazitäten veranlaßte viele Unternehmen zu Erweiterungsinvestitionen, die in der Regel mit vermehrten Bauinvestitionen verbunden sind. Sehr stark erhöhten sich infolge der Wohnraumverknappung die Investitionen im Wohnungsbau.

Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen im Sog der Nachfrage aus dem Ausland mit reichlich 7 vH ebenso stark wie 1988. Mit der Investition in neueste Technik entstand zudem offenbar eine erhebliche Verbesserung der Angebotselastizität der Produzenten, denn sie führte auch zu einer raschen Überwindung von Engpässen bei technischen Kapazitäten.

Getragen wurde das kräftige Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr jedoch abermals von der Ausfuhr. Die reale Warenausfuhr erhöhte sich um fast 11 vH. Nicht nur die fortgesetzt günstigen konjunkturellen Einflüsse aus dem Ausland bestimmten diese Entwicklung, sondern auch die weiter verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Anders als es durch die sogenannten Fundamentals — hohe außenwirtschaftliche Überschüsse bei relativ stabilen Preisen und Kosten — vorgezeichnet war, stand die D-Mark fast das ganze Jahr über unter Abwertungsdruck gegenüber dem US-Dollar; hinzu kam die schleichende reale Abwertung der D-Mark gegenüber den meisten Partnerländern im Europäischen

INDIKATOREN ZUR KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND¹⁾



¹⁾ Saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3): gleitender Durchschnitt aus jeweils zwei Monatswerten.

**Außenbeitrag
zu Preisen von 1980**

	1988	1989	1990	1989		1990	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
	in Mrd. DM						
Ausfuhr	582,4	645,5	687,5	319,8	326,0	335,5	352,0
Waren	466,4	516,5	550,0	258,0	258,0	268,5	281,0
Dienstleistungen	116,1	129,5	137,5	61,8	67,5	67,0	71,0
abzüglich: Einfuhr	531,5	565,0	601,5	279,8	285,5	296,0	305,5
Waren	407,7	435,5	463,5	218,9	216,5	229,5	233,5
Dienstleistungen	123,8	129,5	138,5	60,9	68,5	66,5	72,0
Außenbeitrag	51,0	80,5	86,0	40,1	40,5	39,5	46,5
Waren	58,7	80,5	86,5	39,1	41,5	39,0	47,5
Dienstleistungen	-7,7	0,0	-0,5	0,9	-1,0	0,5	-1,0
	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr						
Ausfuhr	5,8	11,0	6,5	12,5	9,5	5,0	8,0
Waren	6,2	10,5	6,5	13,0	8,5	4,0	9,0
Dienstleistungen	4,2	11,5	6,5	10,6	12,5	8,0	5,0
abzüglich: Einfuhr	6,3	6,5	6,5	7,6	5,0	6,0	7,0
Waren	6,5	7,0	6,5	9,2	4,5	5,0	8,0
Dienstleistungen	5,4	4,5	7,0	2,4	6,5	9,5	5,0
<i>Quellen:</i> 1988 und erstes Halbjahr 1989 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1989 Schätzungen des DIW; 1990 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.							

Währungssystem aufgrund der sich weiter kumulierenden Differenzen zwischen den nationalen Preissteigerungsraten. So wurde die Ausfuhr stimuliert, die Einfuhr jedoch zurückgedrängt. Dabei ergab sich eine sprunghafte Erhöhung des realen Außenbeitrags um 30 Mrd. DM auf über 80 Mrd. DM; die Überschubbildung in nominaler Rechnung wurde zwar durch eine Verschlechterung der Terms of Trade — die Einfuhr verteuerte sich mit 5 vH doppelt so stark wie die Ausfuhr — etwas gebremst. Dennoch stieg der Überschub in der Leistungsbilanz von 85 Mrd. DM auf etwa 105 Mrd. DM; das sind 4 ½ vH des Bruttosozialprodukts. Das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht hat sich damit weiter vergrößert.

Der kräftige Konjunkturaufschwung 1988/89 hat seine Spuren auch in den öffentlichen Haushalten hinterlassen: Auf allen Haushaltsebenen stellt sich die finanzielle Situation am Ende des letzten Jahres weitaus günstiger dar als ursprünglich angenommen. Bund, Länder und Gemeinden verbuchten 1989 einen kassenmäßigen Fehlbetrag von weniger als 20 Mrd. DM, der niedrigste seit Anfang der siebziger Jahre. In Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) und unter Einbeziehung der Sozialversicherungsträger ergab sich sogar ein geringer Überschub.

Das starke Wirtschaftswachstum erlaubte eine kräftige Steigerung der Beschäftigtenzahl. Die Erwerbstätigkeit nahm im Jahresdurchschnitt um 335 000 Personen zu.

Sie wuchs damit noch stärker als das Erwerbspersonenpotential, das unter dem Einfluß hoher Zuwanderungen um 300 000 expandierte. Die Zahl der Zuwanderer — Aussiedler, Übersiedler und Asylbewerber — hat im vergangenen Jahr fast eine Million erreicht. Da hierunter viele Menschen im erwerbsfähigen Alter sind, bedeutet dies eine nicht unerhebliche Belastung des Arbeitsmarktes, obgleich nicht alle sofort einen Arbeitsplatz beanspruchen oder beanspruchen können. Immerhin hat sich im vergangenen Jahr die Zahl der Arbeitslosen um 200 000 vermindert. Dies war das erste Mal seit 1986, daß eine Verminderung dieser Zahl zustande kam. Allerdings gab es zuletzt abermals eine Tendenzwende: Saisonbereinigt steigt mit dem schubartigen Anstieg der Zahl der Übersiedler die der Arbeitslosen — seit November — wieder.

Die wirtschaftspolitische Diskussion wurde im vergangenen Jahr weitgehend von der Furcht beherrscht, daß sich der Preisanstieg beschleunigen könnte. Dies wie auch der Wunsch, den Wechselkurs gegenüber dem Dollar zu stabilisieren, hat die Bundesbank zu einer restriktiveren Politik veranlaßt. Vor allem hat sie ihre Leitzinssätze wiederholt erhöht. Der Diskontsatz betrug zuletzt 6%, der Lombardsatz sogar 8%. Die Bundesbank hat dabei erreicht, daß ihre geldpolitische Zielgröße M3, die zu Jahresbeginn sehr stark und weitaus mehr, als der Zielvorgabe von 5 vH entsprach, expandiert hatte, am

Jahresende auf der Ziellinie lag. Die kräftige Erhöhung der Leitzinsen erreichte auch den Kapitalmarkt; seit Jahresmitte ist der Kapitalmarktzins deutlich nach oben in Bewegung geraten, zuletzt lag er bei 7 ¾ %.

Diese Politik wirkte sich sowohl auf den Wechselkurs zwischen D-Mark und US-Dollar als auch bei der Preisentwicklung aus. Ohnehin ist es nach dem Sprung im Niveau der Verbraucherpreise zu Jahresbeginn, der vor allem auf die Erhöhung der Sätze bei einigen Verbrauchsteuern zurückzuführen war, im Jahresverlauf nicht zu der befürchteten Preisbeschleunigung gekommen. Die Steigerungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung war mit 3 vH im November nur wenig höher als im ersten Quartal, als sie rund 2 ½ vH betragen hatte.

Inflationsgefahren von der Lohnseite her gab es das ganze Jahr hindurch nicht. In der Gesamtwirtschaft haben sich 1989 die Lohnstückkosten lediglich um 1 vH erhöht. Eine große Rolle haben hierbei die noch geltenden längerfristigen Tarifabschlüsse in den Vorjahren gespielt. Moderat waren aber auch die jeweiligen Tarifabschlüsse im Verlauf des Jahres 1989. So blieb Raum für weitere kräftige Steigerungen der Gewinne. Die Summe der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit wuchs mit rund 4,5 vH nur halb so stark wie die Gewinn- und Vermögenseinkommen, die um rund 9 vH expandierten. Die Lohnquote ist also weiter deutlich gesunken.

Zur Entwicklung 1990

Besondere Unsicherheit der Rahmenbedingungen

Der Versuch einer Vorausschau in das Jahr 1990 ist zur Jahreswende 1989/90 mit weit mehr und weit schwerwiegenden Unsicherheiten belastet, als dies schon norma-

lerweise eine Konjunkturprognose kennzeichnet. Die historischen Veränderungen in der DDR werden (quantitativ) erhebliche und (qualitativ) neue ökonomische Implikationen haben, die auch kurzfristig spürbar sein werden. Doch niemand kann vorhersehen, was politisch geschehen wird und noch viel weniger, welche Auswirkungen dies auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik und in Europa haben wird. Selbst die Wirkungen der explosionsartigen Zuwanderung im zweiten Halbjahr 1989 entziehen sich einer exakten quantitativen Erfassung im Hinblick auf Wachstum und Arbeitsmarkt.

Zur Unsicherheit bezüglich der „Prognose 90“ trägt zudem bei, daß die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik weiterhin unter erheblichen Spannungen stehen werden, weil real wie nominal die ohnehin überhöhten Überschüsse im Waren- und Dienstleistungshandel weiter zunehmen werden. Damit steigt auch der Nettokapitalexport, und die Forderungen der Bundesrepublik gegenüber dem Ausland kumulieren sich zu einem Bestand, dessen Zinsverpflichtungen allein schon eine Verminderung der laufenden Salden ohne tiefgehende Einschnitte in den Defizitländern unwahrscheinlich machen. In der Aufwertungstendenz für die D-Mark in den letzten Wochen kommt auch zum Ausdruck, daß hier ungelöste Probleme liegen.

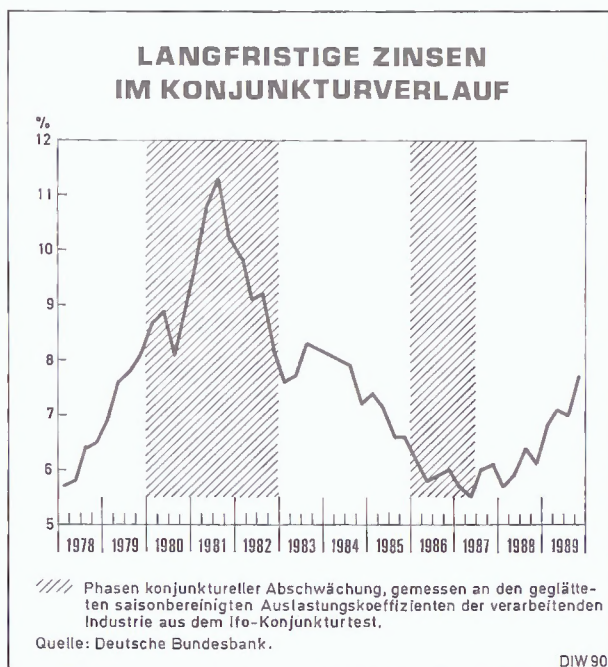
Schließlich steht eine Tarifrunde bevor, die mit besonderen Belastungen fertig werden muß, die durch die Verteilungsänderungen zugunsten der Unternehmen in den vergangenen Jahren entstanden sind und hinsichtlich grundsätzlicher Fragen, wie Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitflexibilisierung, großes Konfliktpotential enthält. Damit im Zusammenhang betont die Bundesbank ihre Verpflichtung, Preisstabilität zu erhalten, ohne daß heute schon klar wäre, welche Auswirkungen der bisher erreichte Restriktionsdruck der Geldpolitik auf den

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Absolute Werte			Veränderung in vH gegenüber Vorjahr		
	1988	1989	1990	1988	1989	1990
Bruttosozialprodukt, real (Mrd. DM)	1 701,8	1 771,0	1 830,0	3,6	4,0	3,5
Inlandsnachfrage, real (Mrd. DM)	1 650,9	1 690,0	1 744,0	3,7	2,5	3,0
Gesamtnachfrage, real ¹⁾ (Mrd. DM)	2 233,3	2 336,0	2 431,5	4,3	4,5	4,0
Beschäftigte Arbeitnehmer (1 000 Personen)	22 830	23 160	23 470	0,7	1,5	1,5
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 242	2 040	2 250	.	.	.
Arbeitslosenquote ²⁾ (vH)	8,9	8,1	8,8	.	.	.
Verbraucherpreise ³⁾	.	.	.	1,2	3,0	3,0
Leistungsbilanzsaldo ⁴⁾ (Mrd. DM)	85,3	106,5	121,5	.	.	.
Finanzierungssaldo Staat (Mrd. DM)	-45,2	2,5	-16,0	.	.	.

1) Inlandsnachfrage und Ausfuhr. — 2) Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose). — 3) Preisindex des privaten Verbrauchs. — 4) Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: 1988 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und eigene Berechnungen; 1989 und 1990 Prognose des DIW. Prognostizierte Werte gerundet.



weiteren Konjunkturverlauf haben wird. Neben den Faktoren, die von außen auf die Volkswirtschaft einwirken, ist auch die Frage ungeklärt, ob die innere Dynamik des Aufschwungs und die interne Rendite der Investitionen ausreichend sind, um die hohen Zinsen ohne größere Einbußen zu verkraften.

Alles in allem steht die hier vorgestellte Prognose also unter besonders einschränkenden Annahmen. Im einzelnen wurde unterstellt:

- Die Weltkonjunktur verliert unter dem Druck der gestiegenen Zinsen an Tempo.
- Der Wechselkurs der D-Mark bleibt in realer Rechnung, also nach Berücksichtigung der relevanten Preis- und Kostendifferenzen gegenüber den Handelspartnern, etwa konstant.
- Die Rohstoffpreise sinken etwas.
- Die Bundesbank steuert die Geldmenge M3 am oberen Rand des angekündigten Zielkorridors von 4 bis 6 vH: Sie ist flexibel, wenn sich die außenwirtschaftlichen Bedingungen (D-Mark-Nachfrage in den westlichen und östlichen Nachbarstaaten vor allem) merklich ändern, orientiert sich in einem solchen Fall folglich am Zinsniveau, das grosso modo stabil bleibt.
- Bei den Tarifverhandlungen setzt sich die moderate Linie fort; es werden für dieses Jahr Lohnerhöhungen je Stunde von 5 bis 5 ½ vH vereinbart. Arbeitszeitverkürzungen werden ohne Tarifkonflikt und unter Berücksichtigung der dazu notwendigen Flexibilität des Arbeitseinsatzes erst für einen späteren Zeitraum vereinbart.

- Die Finanzpolitik nimmt die sich aus weiteren Zuwanderungen ergebenden Belastungen für die öffentlichen Haushalte ohne kompensierende Ausgabenkürzungen hin. Nur in Umrissen erkennbar sind Umfang und Struktur der zum Jahresende beschlossenen Hilfen an die DDR; sie sind deshalb nicht in der Rechnung enthalten, wohl aber die Zahlungen in den Devisenfonds.
- Die Zahl der Übersiedler aus der DDR verringert sich zwar im Vergleich zu den letzten Monaten, die Bewegung kommt aber nicht zum Stillstand. Im Jahresdurchschnitt 1990 wird sich die Zahl der neuen Übersiedler gegenüber dem Jahre 1989 auf eine halbe Million belaufen. Davon kann nur ein Teil in den Arbeitsprozeß integriert werden. Auch unter Berücksichtigung der Angehörigen dieser Erwerbstätigen bleibt eine erhebliche Zahl von Personen, die auf öffentliche Hilfen angewiesen sind. Die Zahl der neu hinzugekommenen Aussiedler ist so groß wie im vergangenen Jahr.

Es muß nicht hervorgehoben werden, daß eine solche Entwicklung schwerwiegende Konsequenzen für die Wirtschaft der DDR hätte. Dies wiederum hätte unter anderem Konsequenzen für den innerdeutschen Handel und zöge einen Druck auf Verstärkung der öffentlichen Hilfen aus der Bundesrepublik nach sich. Das schafft für die Prognose ein Dilemma. Einerseits dürfen solche Folgen nicht ausgeklammert werden, andererseits sind sie nicht zu quantifizieren, ja nicht einmal abzugreifen, weil Erfahrungen mit derartigen Prozessen, auf die man sich stützen könnte, nicht existieren. Daher muß man — in jedem Fall willkürlich — die Einbeziehung der Konsequenzen der selbstgesetzten Annahmen irgendwo abschneiden. Das ist hier in dem Sinne geschehen, daß Rückwirkungen der Abwanderung aus der DDR auf die Wirtschaft der DDR und anderer RGW-Staaten nicht weiter problematisiert werden.

Unter Berücksichtigung dieser Unabwägbarkeiten erscheint im kommenden Jahr ein Wachstum des Bruttosozialprodukts von 3 ½ vH möglich. Ausschlaggebend ist dabei gegenüber der Prognose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, daß hier mit einer stärkeren Zunahme der Wohnbevölkerung infolge der Übersiedler aus der DDR gerechnet wird. Aus diesem Grund wird der private Verbrauch 1990 um etwa 0,5 vH-Punkte stärker als bisher angenommen steigen. In welchem Maße der Anstieg der Besucherzahlen aus der DDR die Produktion in der Bundesrepublik anregt, ist schwer einzuschätzen. Käufe von DDR-Bürgern in der Bundesrepublik zählen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu den Warenexporten.

Privater Verbrauch als Wachstumsmotor

Anders als 1989 wird in diesem Jahr das Wachstum erheblich von der inländischen Konsumnachfrage mitge-

tragen werden. Neben der größeren Bevölkerungszahl spielt dabei die Steuerreform 1990 eine erhebliche Rolle. Die mit 25 Mrd. DM außerordentlich hohe Nettoentlastung der privaten Haushalte durch die Steuerreform führt — unter der Annahme moderater Lohnabschlüsse — zu einem Anstieg des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte von über 7 vH. Bei einer Preissteigerung von knapp 3 vH verbleiben den Haushalten real über 4 vH mehr an Kaufkraft. Erfahrungsgemäß wird ein solcher Zuwachs aber nicht vollständig in Güterkäufe umgesetzt, sondern führt auch zu einer höheren Ersparnisbildung. Für die Wirkungen der Steuerreform 1990 hat dies besonderes Gewicht, weil vorrangig gutverdienende Haushalte, deren marginale und durchschnittliche Sparquote wesentlich höher ist als im Durchschnitt der Haushalte, von der Steuerentlastung profitieren. Diese Steuerreform hat ja zum Ziel, vor allem die Einkommen in der Zone der stärksten Zunahme der Grenzsteuersätze, in der sich die gutverdienende Mittelschicht befindet, zu entlasten.

Außenwirtschaftliche Überschüsse steigen weiter

Die verstärkte Expansion der Inlandsnachfrage wird nicht verhindern, daß die außenwirtschaftlichen Über-

schüsse weiter steigen. Nur der Anteil des (realen) Außenbeitrags am gesamtwirtschaftlichen Wachstum ist wesentlich geringer als 1989. Auch über 1990 hinaus zeichnet sich unter „normalen“ Wechselkurs- und Welt handelsbedingungen kein Abbau der laufenden Überschüsse oder gar der Schuldenbestände des Auslands ab.

Der deutsche Export wird in diesem Jahr mit 6 ½ vH etwas stärker als der Welthandel expandieren. Dabei kommen mehrere, sich zum Teil gegenseitig aufhebende Effekte zum Tragen:

- Die Investitionskontunktur, die deutsche Unternehmen auf den Auslandsmärkten besonders begünstigt, dürfte sich abflachen; damit entfällt ein struktureller Vorteil bei der Erweiterung des Marktanteils.
- Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft ist aber weiterhin sehr hoch; selbst eine gewisse Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar und ein kleineres Realignment im EWS könnten sie angesichts der sich weiter zugunsten der deutschen Wirtschaft öffnenden Kostenschere nicht wirklich beeinträchtigen.

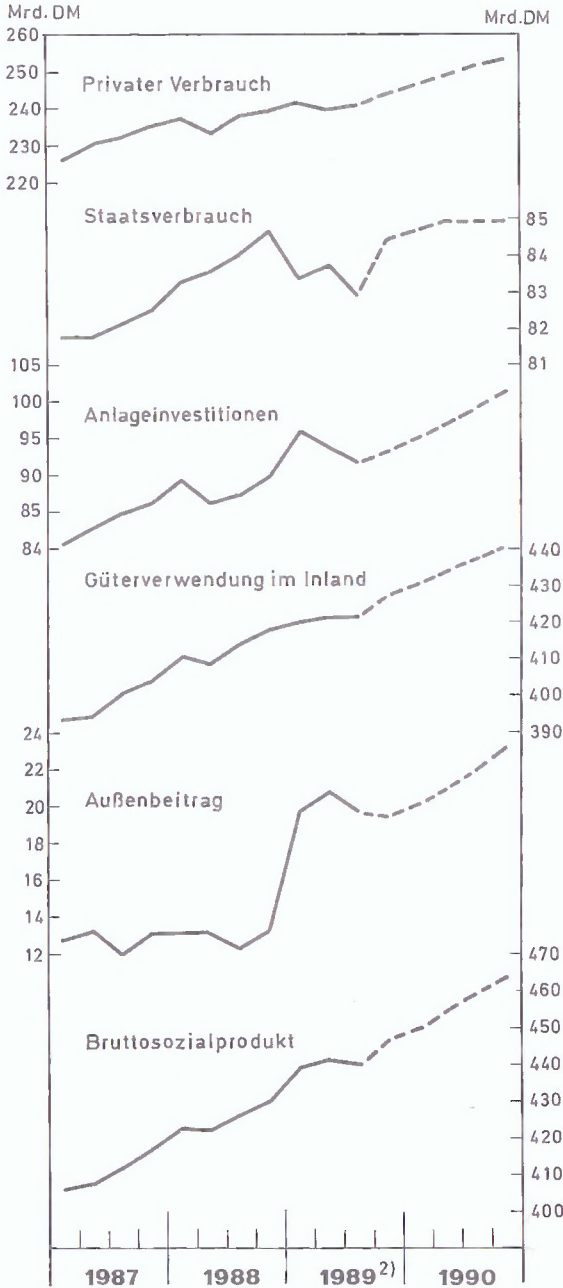
Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland¹⁾
zu jeweiligen Preisen

	1988	1989	1990	1989		1990	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
	in Mrd. DM						
Ausfuhr	687,8	782,5	856,5	385,4	397,5	414,0	442,5
Waren	547,5	620,5	680,0	308,8	312,0	329,0	351,0
Dienstleistungen	140,3	162,0	176,5	76,6	85,5	85,0	92,0
abzüglich: Einfuhr	567,2	634,5	689,0	312,8	321,5	336,0	353,5
Waren	412,7	467,0	505,0	235,0	232,0	248,0	257,0
Dienstleistungen	154,5	167,5	184,0	77,9	89,5	88,0	96,0
Außenbeitrag	120,6	148,5	167,5	72,6	76,0	78,0	89,5
Waren	134,8	154,0	175,0	73,8	80,0	81,0	94,0
Dienstleistungen	—14,3	— 5,5	— 7,5	— 1,2	— 4,0	— 3,0	— 4,5
Saldo der Übertragungen	—36,4	—43,0	—47,5	—19,8	—23,5	—23,5	—24,0
Leistungsbilanzsaldo	84,2	105,5	120,0	52,8	52,5	55,0	65,0
nachr.: Zahlungsbilanzstatistik	85,3	106,5	121,5	55,9	50,5	58,0	63,5
	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr						
Ausfuhr	7,7	14,0	9,5	16,0	11,5	7,5	11,5
Waren	8,1	13,5	9,5	16,4	10,5	6,5	12,5
Dienstleistungen	6,0	15,5	9,0	14,6	16,5	11,0	7,5
abzüglich: Einfuhr	7,8	12,0	8,5	14,1	9,5	7,5	10,0
Waren	7,8	13,0	8,0	17,0	9,5	5,5	11,0
Dienstleistungen	7,8	8,5	10,0	6,2	10,0	13,0	7,5

¹⁾ Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Quellen: 1988 und erstes Halbjahr 1989 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1989 Schätzungen des DIW; 1990 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

VERWENDUNG DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND¹⁾ zu Preisen von 1980



¹⁾ Saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). — ²⁾ Vom 4. Quartal 1989 an Prognose des DIW.

DIW90

- Bei erfolgreichen Reformbemühungen in den sich öffnenden RGW-Ländern würde die Bundesrepublik als einer der wichtigsten Handelspartner von den erhöhten Importen dieser Länder profitieren. Das kann auch kurzfristig von Bedeutung sein, wenn — wie in der DDR, in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn geschehen — schon die Ankündigung von Reformen zu einer Erweiterung der Kreditlinien bzw. der Vertagung von Rückzahlungen führt.
- In wichtigen westeuropäischen Ländern, etwa in Großbritannien, sind Grenzen der Tolerierung der Handelsbilanzdefizite erreicht und via restriktive Globalpolitik Gegenmaßnahmen eingeleitet worden.

Angesichts zunehmender Kapazitätsengpässe und längerer Lieferfristen dürfte aber auch der Import von Investitionsgütern weiterhin eine große Rolle spielen. Die starke Expansion des privaten Verbrauchs spricht ebenfalls für eine relativ kräftige Importzunahme.

Da sich die Preisrelationen im Außenhandel nicht verschlechtern, werden trotz der relativ starken Expansion der realen Importe der nominale Außenbeitrag und der Überschuß der Leistungsbilanz weiter steigen, der letztgenannte um etwa 15 Mrd. DM auf 120 Mrd. DM, das sind 5 vH des Bruttosozialprodukts.

Investitionsdynamik nur leicht abgeschwächt

Der Anstieg der Nachfrage der Unternehmen nach Investitionsgütern — sowohl nach Ausrüstungsgütern als auch nach Bauten — wird sich im Laufe dieses Jahres kaum abschwächen. Zwar verringern sich die Impulse vom Export, und die Investitionsneigung wird von dem höheren Zinsniveau belastet. Die wesentlich stärkere Inlandsnachfrage und die vermutlich noch steigende Auslastung des Produktionspotentials sowie weiterhin sehr positive Gewinnerwartungen — nach dieser Prognose steigen die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit über 10 vH erneut doppelt so stark wie die Arbeitnehmerereinkommen — schlagen jedoch stärker zu Buche. Die Ausrüstungsinvestitionen wachsen mit 7 ½ vH mit fast der gleichen Rate wie im Vorjahr (8 vH). Auch die gewerbliche Bautätigkeit expandiert ungebrochen. Die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate ist lediglich wegen des witterungsbedingten Basiseffekts mit 5 vH nicht ganz so hoch wie zuvor.

Im Wohnungsbau ist 1990 mit keiner konjunkturellen Abschwächung zu rechnen. Die Prognose einer Verringerung des Zuwachses von 6 auf 3 ½ vH im Jahresdurchschnitt resultiert lediglich aus der Annahme normalen Winterwetters.

Schon heute ist abzusehen, daß dieses Wachstum der Wohnungsbautätigkeit nicht ausreichen wird, um die erhebliche Anspannung auf den Wohnungsmärkten zu mildern, die durch den hohen Zustrom von Aussiedlern und Übersiedlern weiter verschärft wurde.

Anlageinvestitionen

	1988	1989	1990	1989		1990	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Absolute Werte							
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)							
Bauten	234,3	255,5	276,0	121,6	134,0	125,5	150,5
Staat	42,6	45,0	46,5	21,3	23,5	21,0	25,5
Wohnbauten	110,8	121,5	131,5	58,2	63,5	60,5	71,0
Wirtschaftsbauten	80,9	89,0	98,0	42,1	47,0	44,0	53,5
Ausrüstungen	184,9	203,5	224,0	94,2	109,0	102,0	122,0
Anlageinvestitionen insgesamt	419,1	459,0	500,0	215,9	243,0	227,5	272,5
Staat	49,6	52,0	54,5	23,7	28,5	24,0	30,5
Unternehmen	369,5	407,0	445,5	192,1	215,0	203,5	242,0
Zu Preisen von 1980 (Mrd. DM)							
Bauten	198,0	209,0	216,0	100,0	108,5	99,0	117,0
Staat	37,7	38,5	38,5	18,4	20,0	17,5	21,0
Wohnbauten	90,4	96,0	99,0	46,2	49,5	46,0	53,0
Wirtschaftsbauten	69,9	74,5	78,0	35,4	39,0	35,5	42,5
Ausrüstungen	154,2	166,0	178,0	77,2	89,0	81,5	96,5
Anlageinvestitionen insgesamt	352,2	375,0	394,0	177,2	197,5	180,5	213,5
Staat	43,4	44,5	44,5	20,4	24,0	19,5	25,0
Unternehmen	308,8	330,5	349,5	156,8	173,5	161,0	188,5
Preisentwicklung (1980 = 100)							
Bauten	118,3	122,5	128,0	121,6	123,0	126,5	129,0
Staat	112,8	116,0	121,0	115,5	117,0	120,0	121,5
Wohnbauten	122,6	127,0	132,5	125,9	128,0	131,5	134,0
Wirtschaftsbauten	115,8	120,0	125,0	119,0	120,5	124,0	126,0
Ausrüstungen	119,9	122,5	126,0	122,1	123,0	125,0	126,5
Anlageinvestitionen insgesamt	119,0	122,5	127,0	121,8	123,0	126,0	128,0
Staat	114,3	117,5	122,5	116,6	118,5	121,0	123,5
Unternehmen	119,7	123,0	127,5	122,5	123,5	126,5	128,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zu jeweiligen Preisen							
Bauten	6,7	9,0	8,0	11,7	7,0	3,0	12,5
Staat	3,9	5,5	4,0	10,9	0,5	-1,5	8,5
Wohnbauten	6,9	10,0	8,0	12,0	8,0	3,5	12,5
Wirtschaftsbauten	8,1	10,0	10,0	11,8	8,5	4,5	14,5
Ausrüstungen	8,4	10,0	10,0	13,1	7,5	8,5	11,5
Anlageinvestitionen insgesamt	7,5	9,5	9,0	12,3	7,0	5,5	12,0
Staat	3,6	5,0	4,5	9,5	1,5	0,0	8,0
Unternehmen	8,0	10,0	9,5	12,7	8,0	6,0	12,5
Zu Preisen von 1980							
Bauten	4,7	5,5	3,5	8,2	3,0	-1,0	7,5
Staat	2,4	2,5	0,0	8,0	-2,5	-5,0	4,0
Wohnbauten	4,8	6,0	3,5	8,4	4,0	-0,5	7,5
Wirtschaftsbauten	6,0	6,5	5,0	8,0	5,0	0,5	9,5
Ausrüstungen	7,5	7,5	7,0	10,6	5,5	5,5	8,5
Anlageinvestitionen insgesamt	5,9	6,5	5,0	9,2	4,0	2,0	8,0
Staat	2,0	2,0	0,5	6,7	-1,5	-3,5	4,0
Unternehmen	6,5	7,0	5,5	9,6	5,0	2,5	8,5
Preisentwicklung (1980 = 100)							
Bauten	1,9	3,5	4,5	3,3	3,5	4,0	4,5
Staat	1,5	3,0	4,0	2,7	3,5	4,0	4,0
Wohnbauten	2,0	3,5	4,5	3,4	4,0	4,0	4,5
Wirtschaftsbauten	1,9	3,5	4,5	3,5	3,5	4,0	4,5
Ausrüstungen	0,8	2,0	3,0	2,3	2,0	2,5	3,0
Anlageinvestitionen insgesamt	1,4	3,0	3,5	2,8	3,0	3,5	4,0
Staat	1,6	3,0	4,0	2,6	3,5	4,0	4,0
Unternehmen	1,4	3,0	3,5	2,9	3,0	3,5	4,0

Quellen: 1988 und erstes Halbjahr 1989 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1989 Schätzungen des DIW; 1990 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsdaten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

Quellen: 1988 und erstes Halbjahr 1989 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1989 Schätzungen des DIW; 1990 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

Trotz der günstigen Finanzlage hat der Finanzplanungsrat — wie in allen Jahren zuvor — den Gebietskörperschaften empfohlen, 1990 den Ausgabenanstieg auf etwa 3 vH zu begrenzen. Ein solches Ziel wird nur schwer zu erreichen sein. Zu groß sind die Aufgaben, denen sich die Gebietskörperschaften gegenübersehen. Sie lassen sich nur mit zusätzlichen Ausgaben lösen. Entstanden sind sie nicht nur durch den starken Zustrom von Aussiedlern und Übersiedlern, sie resultieren auch aus Unterlassungen in den letzten Jahren. Das DIW rechnet mit einem Anstieg der staatlichen Gesamtausgaben um 4 vH.

Die Ausgaben für den Staatsverbrauch dürften um 3,5 vH und damit rascher als 1989 zunehmen. Die Personalausgaben werden um knapp 3 vH, die laufenden Sachaufwendungen um reichlich 4 vH expandieren; wegen der verschiedenen Effekte der Gesundheitsreform (vorgezogene Leistungen und Einsparungen) war das Vorjahresniveau der Sachausgaben niedrig. Die Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst fällt mit knapp 2 vH gering aus; durch die Verringerung der Arbeitszeit werden in einigen Bereichen auch wieder zusätzliche Stellen geschaffen. Akuter Personalbedarf besteht an den Hochschulen und in Teilen des Gesundheitswesens.

Die öffentlichen Investitionsausgaben werden wahrscheinlich überdurchschnittlich ausgeweitet (4,5 vH). So hat sich die Finanzlage der Gemeinden nachhaltig verbessert, und die Einnahmen aus der Gewerbesteuer steigen kräftig; zudem dürften auch zahlreiche kommunale Investitionsprojekte durch Mittel aus dem Strukturhilfeprogramm des Bundes mitfinanziert werden. Freilich wird die Finanzkraft nicht aller Kommunen so gestärkt, daß sie — trotz steuerreformbedingter Ausfälle — ihre In-

vestitionsetats bedarfsgerecht aufstocken können; noch immer besteht ein zum Teil erhebliches Süd-/Nord- und Land-/Stadtgefälle in der kommunalen Finanzkraft.

Auch die öffentlichen Investoren sind mit steigenden Baupreisen konfrontiert. Einschränkungen der Nachfrage nach Bauleistungen in Reaktion auf diese Entwicklung würden dazu führen, daß Kapazitätserweiterungen, die in beträchtlichem Umfang erforderlich sind, wenn die staatlichen Infrastruktureinrichtungen bedarfsgerecht modernisiert und ausgebaut werden sollen, unterbleiben. Zum Teil resultiert dieser Bedarf aus den Unterlassungen in den 80er Jahren, als der Abbau der Finanzierungsdefizite mit einer massiven Einschränkung der öffentlichen Investitionen erkaufte worden ist; damals hatte die Bauwirtschaft ihre Kapazitäten stark reduzieren müssen.

Die Transferausgaben dürften um 5 vH zunehmen. Mehraufwendungen ergeben sich durch den starken Zustrom von Aussiedlern und Übersiedlern, aber auch durch Hilfen an die DDR. Zusätzliche Ausgaben resultieren zudem aus der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, der Verlängerung der Bezugsdauer von Erziehungsgeld sowie der Erhöhung des Kindergeldes für das zweite Kind. Die Renten werden um 3,3 vH erhöht.

Das gesamte Staatsdefizit wird 1990 etwa 16 Mrd. DM betragen. Der Fehlbetrag der Gebietskörperschaften wird — in Abgrenzung der VGR — auf 28 Mrd. DM, in kassenmäßiger Abgrenzung von 20 auf 38 Mrd. DM steigen.

Die Sozialversicherung wird mit einem Finanzierungsüberschuß abschließen, der nicht wesentlich niedriger als im Vorjahr sein wird. Unterstellt ist dabei, daß es besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 zu Beitrags-

Arbeitsmarkt¹⁾

	1988	1989	1990	1989		1990	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
	in 1000 Personen						
Erwerbspersonen	28 416	28 550	29 075	28 437	28 660	28 855	29 290
Erwerbstätige	26 174	26 510	26 820	26 295	26 720	26 600	27 040
Beschäftigte Arbeitnehmer	22 925	23 255	23 565	23 039	23 470	23 345	23 780
Selbständige u. mithelf. Familienangeh.	3 249	3 255	3 255	3 256	3 250	3 255	3 260
Arbeitslose	2 242	2 040	2 250	2 142	1 940	2 255	2 250
nachr.: Arbeitslosenquote ²⁾ (in vH)	8,9	8,1	8,8	8,5	7,7	8,8	8,7
	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr						
Erwerbspersonen	0,6	0,5	2,0	0,4	0,5	1,5	2,0
Erwerbstätige	0,6	1,5	1,0	1,2	1,5	1,0	1,0
Beschäftigte Arbeitnehmer	0,7	1,5	1,5	1,4	1,5	1,5	1,5
Selbständige u. mithelf. Familienangeh.	-0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0

¹⁾ Inländerkonzept. — ²⁾ Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose).

Quellen: 1988 und erstes Halbjahr 1989 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und der Bundesanstalt für Arbeit; zweites Halbjahr 1989 Schätzungen des DIW; 1990 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.

senkungen bei den Krankenversicherungsträgern kommt (um 0,5 Beitragspunkte), die Ausgaben für die ärztliche Behandlung etwa so stark steigen wie 1989 (+4,5 vH) und ein starker Zuwachs der Ausgaben im Krankenhausbereich eintritt.

Mit der Verabschiedung des Eingliederungsanpassungsgesetzes, d.h. des Ersatzes des Arbeitslosengeldes für arbeitslose Übersiedler durch das Eingliederungsgeld, werden sich im Bereich der Arbeitsverwaltung einige Einsparungen ergeben. Das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit bleibt jedoch unverändert. Wenig überzeugend ist die gegenwärtige Regelung, daß soziale Transfers an Übersiedler — hier das Eingliederungsgeld — von der Versichertengemeinschaft und nicht von der Gesamtheit der Steuerzahler finanziert werden. Für diese Zwecke sind im Haushaltsplan der Bundesanstalt für Arbeit immerhin 5,5 Mrd. DM veranschlagt.

Arbeitsmarktdynamik reicht wohl nicht aus

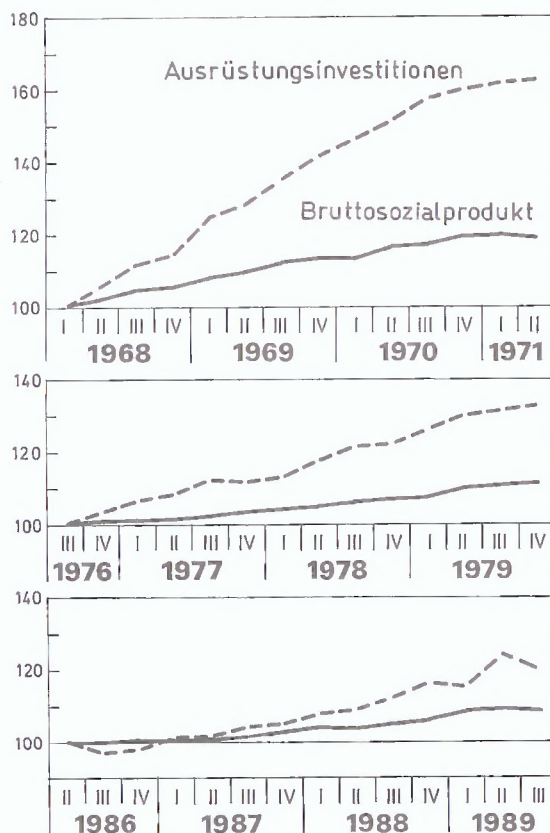
Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik befindet sich in der stärksten Expansion seit Anfang der siebziger Jahre. Doch selbst ein Beschäftigungszuwachs von über 300 000 Personen, wie er sich in dieser Prognose ergibt, dürfte wohl einen erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht verhindern. Bei den hier getroffenen Setzungen steigt die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt um über 200 000 Personen; der Erfolg vom vergangenen Jahre würde dabei zur Gänze wieder zunichte. Die Arbeitslosenquote stiege dann auf 8,8 vH. Gelingt es nicht, die Wirtschaft der DDR zu stabilisieren und den Menschen dort Zukunftsperspektiven zu eröffnen, kann der Druck auf die Bundesrepublik allerdings noch viel größer werden.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Das Bild der Konjunktur, von dem sich die wirtschaftspolitischen Instanzen in der Mehrheit um die Jahreswende leiten lassen und das in der öffentlichen Diskussion vorherrscht, ist durchweg das einer Überhitzung. Nach dieser Meinung muß der Aufschwung gebremst werden, wenn dessen anscheinend unvermeidliche Begleiterscheinung, die Inflation, im Griff gehalten werden soll.

Dieses Bild ist in vieler Hinsicht schief und darf nicht die Basis der konkreten Entscheidungen der Wirtschaftspolitik werden. Sicher hat die deutsche Wirtschaft das stärkste Wachstum seit zehn Jahren erreicht, und die private Investitionstätigkeit ist in Schwung gekommen. Vor dem Hintergrund der politischen Ereignisse im letzten halben Jahr und ihren Wirkungen auf den Arbeitsmarkt muß ein weiteres kräftiges Wirtschaftswachstum jedoch mehr denn je gesichert werden. Die zentralen Indikatoren Investitionen, Preise und Arbeitsmarkt zeigen zudem, daß die Gefahr einer Überhitzung nicht akut ist:

AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN DER UNTERNEHMEN IM ZYKLENVERGLEICH ¹⁾



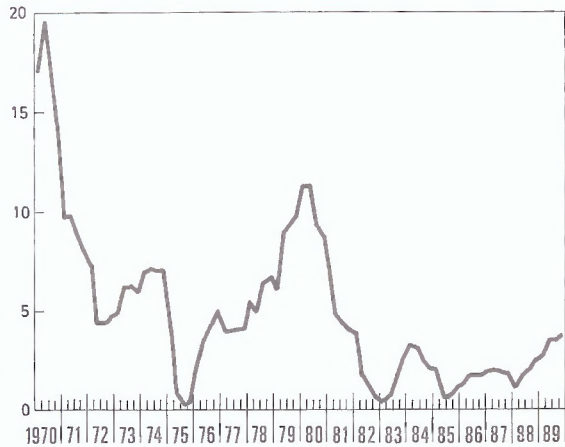
¹⁾ Zu Preisen von 1980, saisonbereinigt; abgebildet sind jeweils die letzten 14 Quartale vor dem konjunkturellen Höhepunkt bzw. der Gegenwart im laufenden Zyklus.

DIW 90

- Zwar hat die private Investitionstätigkeit 1989 eine Dynamik wie nie zuvor in den achtziger Jahren entfaltet, von einer überbordenden Entwicklung wie etwa zu Ende der sechziger Jahre ist sie aber weit entfernt. Selbst in den siebziger Jahren war der Schwung größer als derzeit.
- Zwar sind die Preise 1989 stärker gestiegen als in den Vorjahren. Kaum zu bestreiten ist, daß dafür sowohl die Normalisierung der Importpreisentwicklung als auch die Steuererhöhung von Anfang 1989 den Ausschlag gaben. Die „hausgemachte“ Komponente war auch im vergangenen Jahr kaum von Bedeutung. Die Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft stiegen nur um 1 vH. Selbst die Baupreise sind weit von Entwicklungen entfernt, wie sie frühere Zyklen kennzeichneten.
- Zwar gab es Zeichen für Anspannungen am Arbeitsmarkt. Zuletzt hat jedoch der Schub an Übersiedlern

ENTWICKLUNG DER BAUPREISE IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Veränderung gegenüber Vorjahr in vH



DIW 90

aus der DDR die Arbeitslosigkeit wieder steigen lassen. Zudem waren die Anspannungen geringfügig im Vergleich zu früheren Boomphasen.

Die zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe in den kommenden Monaten muß es sein, die Dynamik zu erhalten, um die Integration der zugewanderten Menschen zu erleichtern und um finanzielle Spielräume für die Unterstützung der Reformen in den osteuropäischen Ländern und in der DDR zu schaffen. Wenn die weltwirtschaftlichen Voraussetzungen relativ günstig bleiben und keine Wechselkurs- und handelspolitischen Turbulenzen auftreten, ist die entscheidende Frage, ob im Frühjahr 1990 ein Konflikt zwischen Geld- und Lohnpolitik vermieden werden kann.

Die Deutsche Bundesbank hat in diesen Wochen ihr Geldmengenziel für das Jahr 1990 bekanntgegeben. Danach soll die Geldmenge M3 in einem Korridor von 4 bis 6 vH zunehmen. Als „rechnerische“ Begründung für einen Mittelwert von 5 vH werden eine Zunahme des Produktionspotentials von 2 ½ vH, eine „normative“ Preissteigerungsrate von 2 vH sowie eine Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit von einem halben Prozent angeführt. Wenn die Bundesbank einen Korridor um diese Zielgröße legt, so zeigt dies ihre Bereitschaft, angesichts der vielfältigen außen- und binnenwirtschaftlichen Unsicherheiten pragmatisch auf unvorhergesehene Ereignisse zu reagieren.

Dennoch sind die Annahmen der Bundesbank insgesamt eher defensiv ausgerichtet. Man kann auch eine andere Rechnung aufmachen:

— Das Wachstum des Produktionspotentials ist mit 2 ½ vH sehr vorsichtig angesetzt. Vieles spricht dafür,

daß die Sachkapazitäten eher stärker expandieren; zugleich ist der Einsatz der Sachkapazitäten im Produktionsprozeß effizienter und flexibler geworden, die Kapitalproduktivität sinkt also weniger stark, als es Trendberechnungen dieser Größe nahelegen. Hinzu kommt, daß am Arbeitsmarkt über ein erheblich gestiegenes und weiter steigendes Potential verfügt werden kann. Auch dies erhöht die Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft. Die Zunahme des Produktionspotentials beträgt nach Berechnungen des DIW reichlich 3 vH.

— Eine „normative“ niedrige Preissteigerungsrate von 2 vH vorzugeben, mag prinzipiell — aus der Sicht der Bundesbank — gerechtfertigt sein. Diese Berechtigung setzt voraus, daß die Arbeitnehmerseite in den Tarifverhandlungen erwarten kann, daß trotz aktuell höherer Raten ein niedriger Abschluß rasch zu verringerten Preissteigerungen führt, Zurückhaltung also das zu erwartende Realeinkommen nicht mindert. In der gegenwärtigen Situation ist diese Unterstellung allerdings unrealistisch. Die Erfahrung in den letzten Jahren spricht nicht dafür, daß in der Bundesrepublik der Wettbewerbsdruck groß genug ist, um die Unternehmen zu einer raschen Weitergabe von Kostenvorteilen zu zwingen. Die enorme Verteilungsänderung zugunsten der Unternehmen weist darauf hin. Man mag eine gewisse Verteilungsänderung zugunsten der Unternehmen im Aufschwung mit guten Gründen für normal halten. Man kann aber nicht diese Verteilungsänderung begrüßen und gleichzeitig „normativ“ eine völlig andere Verhaltensweise der Unternehmen unterstellen, ohne — insbesondere aus der Sicht der Gewerkschaften — unglaublich zu werden.

Daher kann in diesem Jahr die „unvermeidliche Preissteigerungsrate“ nur 3 vH lauten, womit freilich die konjunkturelle Rate etwas höher wäre als im vergangenen Jahr.

— Eine trendmäßige Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit zu unterstellen, dürfte angesichts der neuen politischen Konstellation in der DDR und anderen osteuropäischen Ländern sowie den jüngsten Aufwertungen der D-Mark angebracht sein, selbst wenn man erwarten muß, daß konjunkturell und über das höhere Zinsniveau ein Anreiz zur Rationalisierung der Kassenhaltung, also zur Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit, besteht. Während sich aber die D-Mark-Nachfrage in der DDR etwa und von Bürgern der DDR in der Bundesrepublik nicht quantifizieren läßt, zeigt die Erfahrung, daß Phasen mit Aufwertungserwartungen für die D-Mark häufig mit ausgeprägten Rückgängen der Umlaufgeschwindigkeit zusammenfielen. Eine Abnahme von ½ vH ist unter diesen Umständen eine sehr vorsichtige Schätzung, kann aber angesichts der konjunkturellen Gegenbewegung akzeptiert werden.

Indikatoren für die Geldpolitik

	absolute Werte					Zunahme in vH gegenüber Vorjahr				
	1986	1987	1988	1989*	1990*	1986	1987	1988	1989*	1990*
Bruttosozialprodukt nominal, Mrd. DM	1 945,2	2 017,7	2 121,7	2 258,5	2 408,5	5,5	3,7	5,2	6,5	6,5
real ¹⁾ , Mrd. DM	1 614,7	1 641,9	1 701,8	1 771,0	1 830,0	2,3	1,7	3,6	4,0	3,0
Güterverwendung im Inland ²⁾ nominal, Mrd. DM	1 830,2	1 905,1	2 001,1	2 110,0	2 241,0	3,7	4,1	5,0	5,5	6,0
real ¹⁾ , Mrd. DM	1 546,1	1 591,6	1 650,9	1 690,0	1 744,0	3,5	2,9	3,7	2,5	3,0
Masseneinkommen ³⁾ , Mrd. DM	876,6	909,0	948,4	983,0	1 055,0	5,0	3,7	4,3	4,0	7,0
Verbraucherpreise ⁴⁾	119,6	120,3	121,8	126,0	129,0	-0,5	0,6	1,2	3,0	3,0
Zentralbankgeldmenge ⁵⁾ , Mrd. DM	212,6	229,8	248,6	267,0	281,0	6,4	8,1	8,2	7,5	5,0
Bargeldumlauf ⁶⁾ , Mrd. DM	106,1	116,1	129,5	143,0	148,0	6,7	9,4	11,5	10,5	4,0
Reservesoll ⁷⁾ , Mrd. DM	106,5	113,7	119,2	125,0	133,0	6,1	6,7	4,9	5,0	6,0
Geldmenge M1 ⁸⁾ , Mrd. DM	325,9	355,0	389,9	414,0	436,0	8,6	8,9	9,8	6,0	5,5
Geldmenge M3 ⁹⁾ , Mrd. DM	986,0	1 055,5	1 122,8	1 184,0	1 244,0	6,0	7,0	6,4	5,5	5,0
Kapitalmarktzins ¹⁰⁾ , % p. a.	6,0	5,8	6,0	7,2	7,5	.	.	.	.	.
Geldmarktzins ¹¹⁾ , % p. a.	4,6	4,0	4,3	7,0	7,0	.	.	.	.	.
Umlaufgeschwindigkeit ¹²⁾ der Zentralbankgeldmenge	9,132	8,760	8,510	8,465	8,582	-1,0	-4,1	-2,9	-0,5	1,5
der Geldmenge M1	5,966	5,682	5,439	5,461	5,531	-2,9	-4,8	-4,3	0,5	1,5
der Geldmenge M3	1,971	1,910	1,888	1,908	1,936	-0,5	-3,1	-1,2	1,0	1,5

Vorbemerkung: Mit Ausnahme des Sozialprodukts, der Güterverwendung im Inland und des Masseneinkommens sind alle Zahlen Durchschnitte aus den monatlichen Angaben; die Werte der Geldmengen M1 und M3 bis 1985 sind wegen des statistischen Bruchs Ende 1985 bereinigt worden. — Für die Berechnung der Quotienten und Zuwachsraten wurden die nicht gerundeten absoluten Werte zugrunde gelegt. — ¹⁾ Zu Preisen von 1980. — ²⁾ Bruttosozialprodukt minus Außenbeitrag. — ³⁾ Nettolohn- und -gehaltsumme zuzüglich empfangene Übertragungen der privaten Haushalte. — ⁴⁾ 1980 = 100. — ⁵⁾ In der Abgrenzung der Deutschen Bundesbank. — ⁶⁾ Inländischer Nichtbanken. — ⁷⁾ Zu konstanten Reservesätzen (Basis Januar 1974). — ⁸⁾ Bargeldhaltung und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken. — ⁹⁾ Geldmenge M1 zuzüglich Termingelder bis unter vier Jahren und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. — ¹⁰⁾ Rendite inländischer festverzinslicher Wertpapiere im Umlauf. — ¹¹⁾ Satz für Dreimonatsgeld in Frankfurt/M. — ¹²⁾ Bruttosozialprodukt (nominal) durch Geldmenge. — *) Schätzungen bzw. Prognose des DIW, mit Ausnahme der Umlaufgeschwindigkeit und der Zinsen 1989 auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

Nimmt man alles zusammen, errechnet sich — ohne Berücksichtigung von weiteren Unsicherheiten — ein Mittelwert von 6 ½ vH. Das zeigt, daß von der Zielvorgabe der Bundesbank nur die Obergrenze Richtschnur der Politik sein kann. Die Bundesbank wird nicht umhinkommen, der Unsicherheit hinsichtlich der Entwicklung der nicht-konjunkturellen Komponente der Geldnachfrage — wie in der Vergangenheit vielfach praktiziert — durch eine gewisse Orientierung am Zinsniveau Rechnung zu tragen. Ein Zinsanstieg etwa infolge einer Fehleinschätzung der Nachfrage nach D-Mark im deutsch-deutschen Verhältnis und eines engen Festhaltens am Geldmengenziel käme zu einem denkbar ungeeigneten Zeitpunkt, würde er doch die Chancen einer Integration der in die Bundesrepublik gekommenen Menschen, d.h. vor allem

ihre Versorgung mit Arbeitsplätzen und Wohnungen, unmittelbar verschlechtern.

Die Bundesbank muß sich auch von der Vorstellung lösen, sie müsse weiterhin Druck auf die Tarifparteien ausüben, um diese zu stabilitätsgerechten Abschlüssen zu zwingen. Anders als noch bei der letzten Zinserhöhung im Oktober geht zur Jahreswende von der steigenden Zahl der Arbeitslosen ohnehin zusätzlicher Druck auf die Abschlüsse aus. Doppelter Druck ist nicht nur unnötig, sondern für das Klima der Verhandlungen sogar schädlich.

Die wichtigste, die Finanzpolitik betreffende Entscheidung für 1990 ist schon gefallen, als die konjunkturelle Gesamtsituation in diesem Jahre noch nicht vorhersehbar

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1989 und 1990

	1988	1989	1990	1989		1990	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	0,6	1,5	1,0	1,2	1,5	1,0	1,0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-0,6	-1,0	-1,0	-0,9	-0,5	-1,0	-1,0
Arbeitstage	0,6	-0,5	0,0	0,5	-1,5	-0,5	0,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,6	0,0	-0,0	0,7	-0,5	-0,0	0,0
Produktivität¹)	3,0	3,5	3,5	3,2	3,5	2,5	4,0
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980	3,7	3,5	3,5	4,0	3,0	2,5	4,0
2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen²) a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	1 156,8	1 213,0	1 293,5	584,3	629,0	617,0	676,0
Staatsverbrauch	411,5	419,5	434,0	194,1	225,0	200,5	233,5
Anlageinvestitionen	419,1	459,0	500,0	215,9	243,0	227,5	272,5
Ausrüstungen	184,9	203,5	224,0	94,2	109,0	102,0	122,0
Bauten	234,3	255,5	276,0	121,6	134,0	125,5	150,5
Vorratsveränderung	13,7	19,0	14,0	18,0	1,0	21,5	-7,5
Außenbeitrag	120,6	148,5	167,5	72,6	76,0	78,0	89,5
Ausfuhr	687,8	782,5	856,5	385,4	397,5	414,0	442,5
Einfuhr	567,2	634,5	689,0	312,8	321,5	336,0	353,5
Bruttosozialprodukt	2 121,7	2 258,5	2 408,5	1 084,7	1 174,0	1 145,0	1 264,0
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	4,0	5,0	6,5	5,2	4,5	5,5	7,5
Staatsverbrauch	3,7	2,0	3,5	2,4	1,5	3,5	3,5
Anlageinvestitionen	7,5	9,5	9,0	12,3	7,0	5,5	12,0
Ausrüstungen	8,4	10,0	10,0	13,1	7,5	8,5	11,5
Bauten	6,7	9,0	8,0	11,7	7,0	3,0	12,5
Ausfuhr	7,7	14,0	9,5	16,0	11,5	7,5	11,5
Einfuhr	7,8	12,0	8,5	14,1	9,5	7,5	10,0
Bruttosozialprodukt	5,2	6,5	6,5	7,0	6,0	5,5	7,5
3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1980 a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	949,9	965,0	1 000,5	465,1	500,0	480,0	520,5
Staatsverbrauch	335,4	334,0	339,0	162,7	171,5	165,0	174,0
Anlageinvestitionen	352,2	375,0	394,0	177,2	197,5	180,5	213,5
Ausrüstungen	154,2	166,0	178,0	77,2	89,0	81,5	96,5
Bauten	198,0	209,0	216,0	100,0	108,5	99,0	117,0
Vorratsveränderung	13,4	16,5	10,5	17,0	-0,5	20,0	-9,5
Außenbeitrag	51,0	80,5	86,0	40,1	40,5	39,5	46,5
Ausfuhr	582,4	645,5	687,5	319,8	326,0	335,5	352,0
Einfuhr	531,5	565,0	601,5	279,8	285,5	296,0	305,5
Bruttosozialprodukt	1 701,8	1 771,0	1 830,0	862,0	909,0	885,0	944,5
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	1 650,9	1 690,0	1 744,0	822,0	868,5	846,0	898,0
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	2,7	1,5	3,5	1,7	1,5	3,0	4,0
Staatsverbrauch	2,2	-0,5	1,5	0,1	-1,0	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	5,9	6,5	5,0	9,2	4,0	2,0	8,0
Ausrüstungen	7,5	7,5	7,0	10,6	5,5	5,5	8,5
Bauten	4,7	5,5	3,5	8,2	3,0	-1,0	7,5
Ausfuhr	5,8	11,0	6,5	12,5	9,5	5,0	8,0
Einfuhr	6,3	6,5	6,5	7,6	5,0	6,0	7,0
Bruttosozialprodukt	3,6	4,0	3,5	4,6	3,5	2,5	4,0
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	3,7	2,5	3,0	2,8	2,0	3,0	3,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1988	1989	1990	1989		1990	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1980 = 100) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	1,2	3,0	3,0	3,4	3,0	2,5	3,0
Staatsverbrauch	1,4	2,5	2,0	2,3	2,5	2,0	2,5
Anlageinvestitionen	1,4	3,0	3,5	2,8	3,0	3,5	4,0
Ausrüstungen	0,8	2,0	3,0	2,3	2,0	2,5	3,0
Bauten	1,9	3,5	4,5	3,3	3,5	4,0	4,5
Ausfuhr	1,8	2,5	3,0	3,1	2,5	2,5	3,0
Einfuhr	1,5	5,0	2,0	6,1	4,5	1,5	2,5
Bruttosozialprodukt	1,5	2,5	3,0	2,3	2,5	3,0	3,5
5. Einkommensenstehung und -verteilung a) Mrd. DM							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 126,4	1 179,0	1 239,0	554,2	625,0	584,0	655,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	905,4	949,5	1001,0	446,1	503,5	471,5	530,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	604,8	628,0	681,0	297,8	330,0	323,5	357,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	525,3	572,5	632,0	281,7	291,0	298,0	334,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	451,3	485,5	548,0	239,9	245,5	258,0	290,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	372,6	408,5	441,0	199,5	209,0	212,5	228,5
Nichtentnommene Gewinne	78,6	76,5	106,5	40,5	36,0	45,5	61,0
Volkseinkommen	1 651,7	1 751,5	1 871,5	836,0	915,5	882,0	989,5
Abschreibungen	260,8	276,0	294,5	136,4	139,5	145,0	149,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	209,2	231,0	243,0	112,4	118,5	118,0	125,0
Bruttosozialprodukt	2 121,7	2 258,5	2 408,5	1 084,7	1 174,0	1 145,0	1 264,0
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,9	4,5	5,1	4,5	5,0	5,5	5,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	3,9	5,0	5,5	4,7	5,0	5,5	5,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	4,2	4,0	8,5	3,5	4,0	8,5	8,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	3,1	3,5	4,0	3,4	3,5	4,5	4,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	3,4	2,5	7,0	2,1	2,5	7,0	7,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,7	9,0	10,5	11,0	7,0	6,0	15,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,8	7,5	13,0	9,2	6,0	7,5	18,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	1,9	9,5	8,0	13,9	6,0	6,5	9,5
Volkseinkommen	5,4	6,0	7,0	6,6	5,5	5,5	8,0
Abschreibungen	4,6	6,0	6,5	5,9	6,0	6,5	7,0
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	4,1	10,5	5,0	11,6	9,5	5,0	5,5
Bruttosozialprodukt	5,2	6,5	6,5	7,0	6,0	5,5	7,5
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte a) Mrd. DM							
Nettolohn- und -gehaltsumme	604,8	628,0	681,0	297,8	330,0	323,5	357,5
Empfangene laufende Übertragungen ³⁾	343,6	355,0	374,0	175,6	179,5	183,0	190,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	430,4	458,5	491,5	223,5	235,0	235,5	256,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	18,0	19,5	20,5	9,5	10,0	10,0	10,5
Geleistete laufende Übertragungen ⁴⁾	37,4	40,5	42,5	19,6	20,5	20,5	21,5
Verfügbares Einkommen	1 323,3	1 382,0	1 483,0	667,8	714,0	711,0	772,0
Privater Verbrauch	1 156,8	1 213,0	1 293,5	584,3	629,0	617,0	676,0
Ersparnis	166,5	169,0	189,5	83,6	85,5	94,0	96,0
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	12,6	12,0	13,0	12,5	12,0	13,0	12,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1988	1989	1990	1989		1990	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Nettolohn- und -gehaltsumme	4,2	4,0	8,5	3,5	4,0	8,5	8,5
Empfangene laufende Übertragungen ³⁾	4,6	3,5	5,0	3,7	3,0	4,5	6,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	4,0	6,5	7,0	8,1	5,0	5,5	9,0
Verfügbares Einkommen	4,3	4,5	7,5	4,8	4,0	6,5	8,0
Privater Verbrauch	4,0	5,0	6,5	5,2	4,5	5,5	7,5
Ersparnis	6,5	1,5	12,0	2,6	0,5	12,0	12,5
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁵⁾							
a) Mrd. DM							
Einnahmen							
Steuern	512,4	558,5	561,5	263,8	295,0	264,5	297,0
Sozialbeiträge	366,3	383,0	399,0	180,7	202,5	190,0	209,5
Erwerbseinkünfte	20,1	30,5	33,0	19,5	11,0	22,0	11,0
Sonstige laufende Übertragungen	25,2	23,5	24,5	11,3	12,0	11,5	12,5
Empfangene Vermögensübertragungen	6,7	6,5	6,5	2,9	3,5	3,0	3,5
Einnahmen insgesamt	930,8	1 002,0	1 024,5	478,1	524,0	491,0	533,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	411,5	419,5	434,0	194,1	225,0	200,5	233,5
Zinsen	59,9	61,0	62,5	33,9	27,0	34,5	28,0
Laufende Übertragungen an	438,9	451,0	475,0	219,7	231,5	231,5	243,0
Private Haushalte	349,4	362,0	380,5	178,9	183,0	187,0	193,5
Unternehmen	51,8	49,0	51,0	22,1	27,0	23,0	28,0
Ausland	37,7	40,0	43,5	18,7	21,5	21,5	22,0
Geleistete Vermögensübertragungen	31,0	32,0	31,0	13,4	18,5	13,0	18,0
Nettoinvestitionen	34,8	36,5	38,0	16,0	20,5	15,5	22,5
Ausgaben insgesamt	976,0	1 000,0	1 040,5	477,1	522,5	495,5	545,0
Finanzierungssaldo	-45,2	2,5	-16,0	0,9	1,5	-4,5	-11,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	4,2	9,0	0,5	10,0	8,0	0,5	0,5
Sozialbeiträge	4,5	4,5	4,0	4,1	5,0	5,0	3,5
Erwerbseinkünfte	-26,3	51,0	8,0	104,5	3,0	12,0	1,0
Sonstige laufende Übertragungen	13,9	-7,5	4,0	-11,7	-3,5	3,0	5,0
Empfangene Vermögensübertragungen	5,8	-2,5	2,5	-10,6	5,0	7,5	-1,5
Einnahmen insgesamt	3,7	7,5	2,0	8,9	6,5	2,5	2,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch	3,7	2,0	3,5	2,4	1,5	3,5	3,5
Zinsen	3,5	2,0	2,5	4,9	-1,5	1,5	3,5
Laufende Übertragungen an	5,8	3,0	5,5	2,3	3,0	5,5	5,0
Private Haushalte	4,7	3,5	5,0	3,2	4,0	4,5	5,5
Unternehmen	6,3	-5,0	3,5	-9,2	-1,5	4,0	2,5
Ausland	17,1	6,0	8,5	9,7	3,0	15,5	3,0
Geleistete Vermögensübertragungen	-2,4	3,0	-2,5	2,1	3,5	-2,5	-2,5
Nettoinvestitionen	3,3	5,0	4,0	11,8	0,5	-2,0	9,0
Ausgaben insgesamt	4,4	2,5	4,0	2,8	2,0	4,0	4,5

1) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980 je Erwerbstätigenstunde. — 2) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — 3) Soziale Leistungen nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge, Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — 4) Nichtzurechenbare Steuern, freiwillige Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 5) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Quellen: 1988 und erstes Halbjahr 1989 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1989). Berechnungen der Arbeitszeit nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und eigene Berechnungen der Produktivität; zweites Halbjahr 1989 Schätzung des DIW; 1990 Prognose des DIW. Prognostizierte Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

war, die Steuerreform '90. Nunmehr wird von vielen befürchtet, daß sie mit ihrem expansiven Effekt einen schon im Gang befindlichen Prozeß zunehmender Preissteigerungen noch anheizen könnte.

Dem muß entgegengehalten werden, daß mit der Steuersenkung ein wichtiger Schwachpunkt in der konjunkturellen Entwicklung zunächst einmal beseitigt wird, nämlich die relative Schwäche der Inlandsnachfrage. Daher wird sich die nun mögliche Mehrnachfrage des privaten Sektors im Schwerpunkt auch nicht auf Güterbereiche erstrecken, in denen bisher von einer die Angebotsmöglichkeiten überschreitenden Nachfrage gesprochen wird. Vielmehr werden vor allem solche Güter vermehrt gekauft werden, bei denen ausreichende inländische Angebotsmöglichkeiten bestehen und zudem das Angebot des Auslandes genutzt werden kann. Das Angebot von verbrauchsnahen Gütern und Diensten kann jedenfalls rascher als das von Investitionsgütern ausgedehnt werden.

Bei der gegebenen Lage der öffentlichen Haushalte wird es nicht nötig sein, die reformbedingten Steuerausfälle durch Streichung von Ausgaben zu finanzieren. Zum Teil hat eine Vorfinanzierung schon mit den Verbrauchsteuererhöhungen im letzten Jahr stattgefunden, zum anderen Teil haben konjunkturbedingte Mehreinnahmen die Befürchtung zerstreut, die Haushaltsdefizite könnten mit der Steuersenkung wieder unangemessen groß werden. Auch Konjunktur- und Stabilitätsgründe sprechen nicht für eine Kürzung staatlicher Ausgaben. Dort wo Kürzungen, wie die Vergangenheit zeigt, am leichtesten möglich wären, nämlich bei den öffentlichen Investitionen, verbietet sich dies aus Gründen des nun unter dem Einfluß der Zuwanderungen rasch steigenden Bedarfs an Wohnungen und Einrichtungen der Infrastruktur. Vermutlich werden die bisherigen Schritte zur Verstärkung des Wohnungsbaus nicht ausreichen, um den wachsenden Erfordernissen hier schon bald gerecht werden zu können. An diesen Sachverhalten würde sich auch dann nichts ändern, wenn sich für die öffentlichen Haushalte die Notwendigkeit ergäbe, mehr als bisher vorgesehen zur finanziellen Unterstützung der Wirtschaftsreformen in Ländern des RGW beizutragen. Eine kompensierende Streichung

von Etatmitteln ist wegen der völlig anders gelagerten wirtschaftspolitischen Sachverhalte nicht angebracht.

Die Tarifparteien stehen im Frühjahr vor dem Problem, daß die Lohnquote in den achtziger Jahren dramatisch zurückgegangen ist. Bei den hier unterstellten Tarifabschlüssen von im Durchschnitt 5 vH ist eine weitere Verteilungsänderung zugunsten der Unternehmen zu erwarten.

In dieser Situation ist es schwierig, die Verschlechterung der Verteilungsposition der abhängig Beschäftigten zu vermeiden. Höhere Tariflohnsteigerungen führen schon bei dem gegebenen monetären Rahmen zu restriktiven Wirkungen. Zudem ist zu befürchten, daß in einem solchen Falle die Bundesbank die Zügel noch straffer anzieht, mit weiteren negativen Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung. Angebracht ist daher der Versuch, das Verteilungsproblem, wie von verschiedenen Seiten vorgeschlagen, durch Einmalzahlungen, die nicht in das Tarifniveau eingehen, zu entlasten. Ein solches Vorgehen hätte den Vorteil, daß das Tariflohnniveau in den Folgejahren nicht kosten- und preiswirksam belastet wird. Die Gewerkschaften fordern in der bevorstehenden Tarifrunde aber auch weitere Arbeitszeitverkürzungen. Diese dürften wie in der Vergangenheit innerhalb von Tarifverträgen mit mehrjähriger Laufzeit vereinbart werden.

Durch die Öffnung der DDR-Grenze wird sich der Angebotsdruck auf dem Arbeitsmarkt erhöhen und das Problem der Arbeitslosigkeit verschärfen. Eine offensive Wachstumspolitik ist deshalb unverzichtbar. Sie wird aber nicht ausreichen, die Probleme am Arbeitsmarkt zu lösen. Auch deshalb werden Arbeitszeitverkürzungen in der kommenden Tarifrunde eine wichtige Komponente sein. Mittlerweile ist weitgehend unbestritten, daß arbeitszeitverkürzende Maßnahmen, wie sie in der jüngsten Vergangenheit vereinbart worden sind, positive Beschäftigungseffekte haben. Es hat sich gezeigt, daß die unterschiedlichen Interessen der Tarifparteien durch die konkrete Ausgestaltung in den Stundenlohnsteigerungen und den individuellen und betrieblichen Arbeitszeiten bis hin zu Teilzeitarbeitsplätzen berücksichtigt werden können.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 18. Januar 1990

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, Dr. Bernhard Seidel.

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1990. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) ²⁾											
						Insgesamt	dav.: Hauptgruppen				Inland		Ausland				
							Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe	Investitions- gütergewerbe	Verbrauchs- gütergewerbe								
		in 1000				1985 = 100											
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1987	J	2200		165		97,6		96,9		96,8		101,3		99,1		95,1	
	F	2196	2207	169	167	100,0	98,7	100,9	98,7	98,2	97,4	103,8	102,7	103,0	100,9	95,0	95,0
	M	2224		169		98,5		98,4		97,1		102,9		100,7		94,8	
	A	2232		170		101,2		99,7		101,0		104,4		102,6		98,8	
	M	2228	2234	169	169	99,5	99,9	99,4	100,0	98,3	98,6	103,4	103,6	100,5	100,8	97,8	98,4
	J	2243		168		99,0		101,0		96,5		102,9		99,2		98,7	
	J	2243		170		99,6		101,7		97,0		104,0		100,2		98,5	
	A	2236	2238	170	172	103,2	101,7	101,5	102,2	103,4	100,5	105,6	104,7	105,0	102,5	100,3	100,4
	S	2234		175		102,4		103,3		101,0		104,6		102,4		102,5	
	O	2230		177		103,7		105,3		102,4		104,9		104,9		101,6	
	N	2230	2239	176	176	103,3	102,7	105,1	104,8	101,8	101,0	104,8	104,8	104,4	103,3	101,5	101,9
	D	2256		174		101,2		104,1		98,9		104,6		100,6		102,7	
1988	J	2248		176		105,7		107,5		104,0		108,0		106,4		104,5	
	F	2257	2260	175	177	104,6	105,5	106,1	107,5	102,8	103,5	107,7	108,5	104,9	105,7	104,1	105,2
	M	2275		179		106,2		108,8		103,8		109,7		105,8		106,9	
	A	2274		184		105,7		107,7		103,9		107,9		105,7		105,5	
	M	2275	2276	184	185	106,8	106,8	109,2	108,5	105,2	105,5	107,9	108,1	105,8	106,5	108,5	107,3
	J	2277		187		108,0		108,7		107,5		108,5		108,0		108,0	
	J	2268		189		107,8		105,1		109,6		106,6		108,6		106,6	
	A	2243	2247	193	194	108,8	108,8	108,6	107,7	108,4	109,5	110,5	108,7	107,5	108,6	111,0	109,3
	S	2230		199		109,9		109,4		110,6		108,9		109,8		110,2	
	O	2212		202		108,2		107,6		108,9		106,9		107,3		109,6	
	N	2187	2178	204	204	111,0	111,0	110,3	109,8	111,4	112,0	110,7	109,7	109,8	110,1	113,0	112,5
	D	2137		205		113,7		111,4		115,6		111,6		113,2		114,8	
1989	J	2064		211		111,7		110,2		112,4		111,9		112,1		111,1	
	F	2046	2041	218	217	113,9	114,6	111,1	111,6	115,6	116,5	113,3	113,4	113,1	114,4	115,5	115,0
	M	2013		221		118,1		113,5		121,5		115,0		118,0		118,3	
	A	2044		227		117,4		111,9		121,3		114,2		116,7		118,6	
	M	2063	2053	237	236	115,0	116,5	110,7	111,6	117,7	119,9	113,5	113,8	111,8	115,4	120,3	118,5
	J	2054		244		117,1		112,3		120,8		113,7		117,6		116,5	
	J	2040		247		114,7		110,3		117,5		112,9		114,1		115,7	
	A	2018	2024	257	262	113,9	115,2	108,9	109,9	116,1	118,3	115,4	114,3	112,1	113,9	116,9	117,3
	S	2014		282		117,0		110,5		121,2		114,6		115,6		119,3	
	O	2015		303		115,0		111,8		117,2		113,4		115,2		114,8	
	N	2044	2021	311	307	117,4		111,5		120,8		116,7		115,4		120,6	
	D	2003		306													

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt

noch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe	Produktion im produzierenden Gewerbe ²⁾								Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾				
			Verarbei- tendes Gewerbe	dav.: Hauptgruppen				Bauhaupt- gewerbe	Ausfuhr				Einfuhr				
				Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe		Investitions- gütergewerbe											
		in 1000		1985 = 100								1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 ³⁾			
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1987	J	7082		100,5		96,4		102,8		91,5		101,8		36,9		34,0	
	F	7078	7077	103,2	101,8	98,7	97,3	105,8	104,5	106,3	99,1	101,0	100,6	39,0	38,1	33,9	33,9
	M	7072		101,7		96,7		105,0		99,4		98,9		38,4		33,9	
	A	7069		103,4		99,8		105,5		107,6		105,1		38,3		35,2	
	M	7060	7061	103,8	103,1	99,9	99,8	106,2	105,2	106,2	106,5	100,6	102,8	39,1	38,3	34,3	35,0
	J	7056		102,0		99,7		103,8		105,7		102,6		37,4		35,6	
	J	7049		102,6		99,6		104,4		109,3		106,3		38,4		34,9	
	A	7043	7045	103,4	103,1	101,5	100,3	105,1	105,0	111,2	110,8	104,0	104,7	38,2	38,8	35,3	35,3
	S	7043		103,3		99,8		105,5		112,0		103,9		39,9		35,7	
	O	7038		104,1		100,7		106,4		111,8		107,5		39,0		35,1	
	N	7037	7038	104,3	104,2	101,0	100,8	106,9	106,7	113,8	111,9	105,9	106,4	39,8	39,7	36,1	35,6
	D	7040		104,3		100,6		106,8		110,0		105,8		40,3		35,5	
1988	J	7028		105,4		104,6		106,1		121,0		104,1		38,3		34,0	
	F	7030	7030	104,6	105,4	102,9	103,2	106,1	106,8	113,6	116,0	106,8	107,9	37,9	38,7	35,2	35,4
	M	7032		106,1		102,0		108,2		113,3		112,8		39,8		37,0	
	A	7026		104,9		105,0		105,9		105,6		100,8		39,1		34,9	
	M	7036	7033	105,6	106,0	102,6	104,1	107,6	107,8	108,6	106,8	106,5	105,1	41,6	41,3	37,4	36,2
	J	7038		107,6		104,6		109,9		106,3		107,9		43,1		36,2	
	J	7031		104,6		106,5		105,1		102,9		104,0		41,7		37,5	
	A	7044	7038	108,9	107,5	106,0	106,7	111,4	109,3	110,7	107,5	109,1	107,6	42,3	41,5	37,6	37,3
	S	7040		108,9		107,5		111,5		108,8		109,7		40,6		36,8	
	O	7042		108,3		109,4		110,0		110,1		104,8		43,2		39,9	
	N	7053	7051	108,5	108,7	106,9	108,2	110,6	110,7	108,0	110,1	111,0	108,6	42,7	43,0	38,1	39,1
	D	7060		109,2		108,4		111,4		112,1		110,1		43,1		39,4	
1989	J	7078		111,0		107,9		115,2		132,5		108,7		45,9		39,7	
	F	7089	7088	110,3	111,1	107,7	108,4	113,8	114,7	129,7	130,7	109,5	109,5	45,0	45,1	39,4	39,0
	M	7098		111,9		109,7		115,2		129,8		110,3		44,4		38,0	
	A	7099		112,5		106,8		117,4		107,2		106,0		44,6		39,6	
	M	7112	7112	108,8	111,3	104,7	105,7	112,3	115,9	104,2	106,3	108,4	108,7	44,1	45,2	38,7	39,6
	J	7127		112,6		105,5		118,0		107,5		111,7		46,8		40,4	
	J	7142		112,5		107,9		118,0		102,7		104,7		43,6		39,3	
	A	7160	7150	112,0	112,6	107,1	108,0	115,7	117,2	108,7	105,6	111,9	108,7	45,1	44,5	39,5	39,6
	S	7148		113,3		109,0		118,0		105,4		109,5		44,9		39,9	
	O	7167		113,6		109,2		117,9		115,7		107,9		44,2		41,2	
	N			114,1		108,8		119,3		119,5				44,6		42,1	
	D																

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Index der Durchschnittswerte — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.